

IN DIE SACKGASSE ODER HERAUS?

BRISANTER TARIFSTREIT IM ÖFFENTLICHEN DIENST DER HAUPTSTADT

Berlin schafft den Präzedenzfall. Kommt es zu einer weiteren tariflichen Aufspaltung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und für viele zu beträchtlichen Lohneinbußen? Oder gelingt es noch, die Mitarbeiter in Bezirksamtern und Verwaltungen, an Schulen, Hochschulen, bei Polizei und Staatlichen Bühnen über einen Anwendungstarifvertrag an das Niveau des Bundestarifes anzukoppeln? Angesichts der desolaten Finanzlage Berlins und der Salami-Taktik des Senats eine schwierige Frage.

Denn die Situation ist reichlich verfahren: Nach dem schwer erungenen bundesweiten Abschluss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist Berlin bekanntlich aus zwei Arbeitgeberverbänden ausgestiegen, um angesichts leerer Kassen die Gehaltserhöhungen von insgesamt 4,4 Prozent – 2003 werden 2,4 Prozent fällig – nicht mitmachen zu müssen. Die öffentlich Bediensteten der Hauptstadt, die nach West- oder Oststandort ohnehin

solchen Tarifkämpfen boten, sind aus dem Spiel. Können Lehrerinnen, Polizisten oder Theaterleute in einer Verhandlungsrunde so viel Druck machen, dass der Senat mit seiner Forderung nach 700 Mio. Euro Einsparungen ernsthaft in Bedrängnis kommt?

Die gewerkschaftliche Tarifgemeinschaft für den öffentlichen Dienst, der ver.di angehört, fordert, dass die im Bundesabschluss erungenen Regelungen für Berlin übernommen werden. Vor allem müsse Schluss sein mit der Zersplitterung der Stadt in verschiedene Tarifgebiete. Die bereits verfügte 42-Stunden-Woche für Beamte soll zurückgenommen werden. Innensenator Körting bleibt dagegen hart am 10-Eckpunkte-Papier der Arbeitgeberseite: Es geht um dauerhaften Einkommensverzicht mit Wirkung bis in die Rente hinein. Bis 2006 soll es keinerlei Tarifierhöhungen geben. Beschäftigungssicherung soll mit Arbeitszeitverkürzung gekoppelt werden.

Bei den bisherigen Sondierungen geht es vor allem um den Ausschluss von Kündigungen und um die entscheidende Frage, ob etwa 100 000 Landesbedienstete in den nächsten Jahren tatsäch-



Ausgepiffen: Protest gegen den Griff in die Taschen der Beschäftigten am 14. Januar vor dem Hauptgebäude der TU. Dazu hatten ver.di, die GEW und die Gewerkschaft der Polizei aufgerufen.

Kürzungen scheibchenweise

in zwei Gehaltskategorien fallen, teilen sich seither außerdem in solche, für die der Bundestarif gilt, und solche, für die der Abschluss ohne Belang sein soll. Der Senat sucht nach jeder verfügbaren zu melkenden Kuh. Und da passt es in die Taktik, den großen Block der Landesbediensteten in möglichst unterschiedliche kleine Scheibchen zu zerlegen. Die Gewerkschaften stehen vor einer völlig neuen Situation: Die BVGler und die Stadtreinigung, die bisher das stärkste Streikpotenzial in

lich ohne einen Cent Lohnerhöhung bleiben sollen und sogar Kürzungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld hinnehmen müssen. Ob es tatsächlich „Möglichkeiten zur Interessendeckung“ gibt, wie ver.di-Verhandlungsführer Roland Tremper nach der letzten Verhandlungsrunde am 7. Februar andeutete, und ob es – wie Senator Körting hofft – zu einem Tarifabschluss „in absehbarer Zeit“ kommt, werden die nächsten Tage und Wochen zeigen. Auch, ob die Beschäftigten noch mit Aktionen Druck machen können. Weiterverhandelt wird am 26. Februar.

N. P.

AUS DEM INHALT

SEITE 3

Café Verdinale: Novum zu den Firmfestspielen

SEITE 4

Sheffield: Ein Streik, der fast zwei Jahre währt

SEITE 7

„Aufhör'n“: Karikaturen gegen den Krieg

MITTELSEITEN:

DVB-T: Überall Fernsehen?

SEITE 16

Riester-Rente: Top oder Flop?

Ist es nicht eine tolle Entwicklung. Unsere Bundeshauptstadt, regiert von Sozialdemokraten und demokratischen Sozialisten. Man müsste meinen, für Gewerkschafter und die städtische Linke brächen nun paradiesische Zeiten an. Zwar haben die Sozis über Jahrzehnte entscheidend mit zu den Haushaltsdefiziten beigetragen. Nun aber wird die Sanierung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden, an der sich insbesondere die beteiligen müssen, die sich in der Vergangenheit an Berlin bereichert haben. Irgendwann jedoch ist auch dieser Traum vorbei und wir werden in die grausame Realität entlassen.

Entlassen ist ein gutes Stichwort. Während sich der konservative Eberhard Diepgen noch nicht traute, die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes für eigene politische Fehler und Versäumnisse haftbar zu machen, haben die Kuschellinken diese Skrupel nicht. Schon während der sogenannten Solidarpaktgespräche kam es durch Senator Sarrazin und andere zur Beschimpfung öffentlich Beschäftigter. Den Gewerkschaften wurde nach der Methode „Friss Vogel oder stirb“ ein Betrag von letztendlich 1,75 Mrd. € Personalkosteneinsparung vorgelegt. Sie sollten nun kreativ daran mitwirken, diese Gelder aus den Be-

schäftigten herauszupressen. Argumentiert wird von den Regierenden mit der Arbeitsplatzsicherheit. Ist ein „sicherer“ Arbeitsplatz denn ein Wert an sich?

Was macht den Unterschied zwischen einem schwer schuftenden und schlecht bezahlten japanischen Industriearbeiter, dessen Job auf Lebenszeit gesichert ist,

vertrag erkämpften, haben sie lernen müssen, dass ein sicherer Arbeitsplatz kein Wert an sich ist. Gewerkschaften kämpfen um sichere und soziale Arbeitsplätze. Sie kämpfen darum, dass abhängig Beschäftigte für ihre Arbeit auch ausreichenden Lohn erhalten.

Bei den nun anstehenden Tarifverhandlungen will der Senat den

des Urlaubsgeldes und die Reduzierung des Weihnachtsgeldes. Dafür soll den Beschäftigten Arbeitszeitverkürzung gewährt werden, die sie sich spätestens 2007 nicht mehr leisten können. Es wäre schön, wenn in der Öffentlichkeit dieser Aspekt einmal verantwortlich und tiefergehend diskutiert würde.

Zum Schluss. Die Weigerung von ver.di, solche Verhandlungen mit dem Senat zu führen, sollte niemanden überraschen. Wir werden nicht daran mitwirken, Kuponschneider öffentlich zu subventionieren, öffentlich Bedienstete jedoch zu schröpfen.

ver.di fordert die Einberufung einer Konsolidierungskonferenz, an der sich unter anderem die Bundesregierung, Arbeitgeberverbände, aber auch die Banken beteiligen müssen. An der Sanierung des Haushalts müssen sich die beteiligen, die diese Stadt haben ausbluten lassen.

Den Parteien selbst kann man nur die innere Einkehr empfehlen. Während die Sozialdemokraten mittlerweile jeden fanatischen Neoliberalen vor Neid erblassen lassen, hat man bei der PDS den Eindruck, sie würde selbst aus der eigenen Partei austreten, wenn sie nur im Senat bleiben kann. Berlin, regiert von Kuschellinken. Wo ist Eberhard?

AUF EIN WORT

BERLIN REGIERT VON KUSCHELLINKEN

ROLAND TREMPER, VER.DI-BEZIRKSGESCHÄFTSFÜHRER,
VERHANDLUNGSFÜHRER



Foto: Kay Herschelmann

und dem Vorstandsmitglied eines westlichen Wirtschaftsunternehmens aus, der jährlich 8 Mio. € Apanage erhält, dessen Arbeitsplatz jedoch nur für längstens fünf Jahre gesichert ist? Seit die Gewerkschaften Mitte des 19. Jahrhunderts ihren ersten Tarif-

Beschäftigten von 2002 bis 2007 keine Tarifierhöhung gewähren. Dies alleine bedeutet einen Verlust von knapp 10 % an tariflichem Entgelt. Die Kaufkraft der Tarifentgelte würde in diesem Zeitraum um weitere 10 % absinken. Dazu käme ein Wegfall

BUCHTIPP

ZEITUNG
MACHEN
EHEDEM

BERLIN 2002

„Sie lesen selbst. Sie urteilen selbst.“ Das geflügelte Wort, im Kulturreport der Wochenpost im Gebrauch, ging auf den freundlichen Herrn Musil zurück, der mit diesen Worten Übersetzungen aus tschechischen Zeitungen anbot. Mit ihm und manch anderen aus den frühen Jahren der Zeitung macht uns Heinz Knobloch in seinem jüngsten Buch bekannt.

Die erste Ausgabe der Wochenpost erschien 1953, und da sie seit Ende 1996 nicht mehr existiert, muß man wohl ihre Bedeutung erklären. In Beliebtheit und Auflage wurde sie von keiner einschlägigen Publikation in der DDR erreicht (ab den 70er Jahren bis 1989 Auflage 1,25 Millionen, geschätzter Bedarf über 2 Millio-

nen). Das lag nicht allein an inhaltlicher Vielfalt, sondern am Einklang von geistigem Anspruch und populärer Darstellung ebenso wie am sauberen Deutsch, in dem geschrieben wurde. Pech für Blatt und Leser, dass es im BRD-Blätterwald keinen entsprechenden Zeitungstyp gab, weshalb die ab 1990 neuen Besitzer (G+) nichts damit anzufangen wußten. Am ruhmlosen Ende stand der Verkauf der Abonnenten-Kartei.

Im Zeitalter von Internet-Redaktionen und der Einheit von Redakteur und PC ist es spannend, zu erfahren „wie unsereiner Zeitung machte“. Heinz Knobloch, damals blutiger Anfänger voller Leidenschaft für den Journalistenberuf, konnte neben Lang erfahrenen ein neues Blatt gestalten helfen; er blieb ihm bis 1991 treu, ab 1967 „mit beiden Augen“ als Feuilletonist, weshalb der Verlagshinweis, diese frühen Jahre seien das Kernstück seiner Biographie, so wohl nicht stimmt.

Aber natürlich ist das Buch biographisch – in doppeltem Sinn. Es verflochten sich die Jahre des jungen Journalisten mit den jungen Jahren der Zeitung. Die in trefend knappem, hintersinnigem Stil gezeichneten Porträts von Weggefährten jener Zeit machen Menschen lebendig, bekannte wie Gerhart Eisler: „Er konnte reden, daß man zuhörte. Er schrieb so, daß man es las.“ Und unbekannt wie eben jener Herr Musil. Außerdem erfährt man Neuigkeiten aus Berliner Geschichte, beispielsweise die der Mauerstraße 86, erster Sitz der Wochenpost. In jene Anfangszeit fällt auch der beispiellose Vorgang, dass ein Redaktionskollegium mit dem verdienten kommunistischen Chefredakteur Rudi Wetzels unter dem Datum 27. Oktober 1956 in einem Brief an das Politbüro mehr Pressefreiheit forderte. Mit schmerzlichen Folgen für einige. Es gibt mancherlei Denksätze in dem Buch wie „Zuviel Allgemein-

bildung im Volk schadet den Politikern“. Und auch Flüchtigkeiten: „Unsere Grafik hing aus ihren Fenstern ... und brüllte“.

Knobloch hat sorgsam die Jahrgänge der Zeitung durchgesehen, ist auf viel zu Unrecht Vergessenes gestoßen, hat dabei aber einige Aufzählungen nicht vermieden. Wer seine Bücher kennt (Berliner Grabsteine, Herr Moses in Berlin u.v.m.) weiß um die Genauigkeit in Sprache und Quellenkenntnis. Hier nun merkt man, wie sehr der Verlag auf Tempo drängte – und damit hat er sich selbst, aber besonders dem Autor keinen Gefallen getan. Auch ein lang gedienter Zeitungsmann schüttelt kein Buch aus dem Ärmel.

Sie lesen selbst. Sie urteilen selbst. Und lesenswert ist das Buch nicht nur für Wochenpost-Kenner. **Annemarie Görne**
Heinz Knobloch: Das Lächeln der Wochenpost. Wie unsereiner Zeitung machte. Jaron Verlag Berlin 2002, 201 Seiten, ISBN 3-89773-050-2, 15,90 Euro.

Nicht nur Glamour und Glanz

Mit dem Café Verdinale hat ver.di bei der Berlinale 2003 eigene Akzente gesetzt

Glamour, Glanz und gute Laune wird gemeinhin mit der Berlinale verbunden. Wer will da schon über Löhne, Tarife und die Altersversorgung reden? Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die Verbände der Filmschaffenden und das spezielle gewerkschaftliche Serviceangebot für Filmschaffende connexx.av. wollen es wissen. Unter dem Motto „Berufs- und Arbeitsbedingungen in der Filmbranche“ organisierten die drei Organisationen parallel zur Berlinale das Café Verdinale.

Im ver.di-Gebäude am Potsdamer Platz, dicht am Geschehen, aber etwas abseits vom Festivalrummel, konnten die Berlinale-Besucher entspannen, Kaffee trinken oder sich über die ihr Berufsfeld informieren. Das Café Verdinale hatte eine rustikale Ecke mit Sofa und Leuchtern, daneben gab es die nüchterne Kaffecke. In der Mitte des Raumes aber standen die Stühle für die täglichen Informationsveranstaltungen. Wolfgang Schimmel von der ver.di-Rechtsabteilung informierte am Eröffnungstag der Berlinale über die Änderungen des Urheberrechtsgesetzes und die Folgen für die Filmschaffenden. Am nächsten Tag sprachen Monika Schopp und Detlef Rönfeldt



Zum Berufsbild des Kameramanns versammelte Heinrich Bleicher-Nagelsmann (links) geballte Fachkompetenz im Café Verdinale.

über das Berufsfeld Regieassistenten. Auch über das Berufsfeld Kameramann und Drehbuchautor wurde gesprochen. Und die Arbeitsbedingungen in der Film- und Medienbranche wurden in mehreren Veranstaltungen angesprochen. Denn dort geht es längst nicht nur um Glanz und Glamour. Gewerkschaftliche Um-

fragen über die Arbeits- und Einkommensbedingungen zeigen alarmierende Ergebnisse. So gaben über die Hälfte aller Befragten an, dass sie sich durch die Arbeitsbedingungen gesundheitlich stark belastet fühlen und ihr Privatleben stark beeinträchtigt wird. Kein Wunder, dass der Altersdurchschnitt in der Branche bei 36 Jahren liegt. Der darniederliegende Markt mit Preisdumping, Tarifbruch, Missbrauch von Filmförderungen, Unklarheiten bei den Verwertungsrechten heizte die Gemüter an, wird auf der Internetseite von connexx.av die Stimmung vieler Beschäftigten

in der Filmbranche beschrieben. Die viel zitierte Krise des Neuen Marktes hat Auswirkungen auf das Bewusstsein der Beschäftigten, so Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Bereichsleiter Kunst und Kultur im ver.di-Bundesvorstand. Gerade in den Bereichen, die mit dem Aufblühen der Neuen Ökonomie einen enormen

Umdenken hat
eingesetzt

Wachstumsschub erfahren hatten, war der gewerkschaftliche Organisationsgrad lange Zeit besonders gering. Dort war die Vorstellung weit verbreitet, dass man auf sich alleine gestellt am besten durchkommen wird. Diese Haltung, so Bleicher-Nagelsmann, habe in Zeiten der Krise an Attraktivität verloren. Von einem Masseneintritt in die Gewerkschaft könne zwar noch keine Rede sein. Doch mittlerweile habe sich die Einsicht verbreitet, dass sich die Arbeitsbedingungen in der Filmbranche nicht grundsätzlich von denen anderer Berufszweige unterscheiden. Die Präsenz des Café Verdinale auf der Berlinale sei ein Zeichen für dieses Umdenken.

Noch ist nicht entschieden, ob es auch bei der nächsten Berlinale wieder ein Café Verdinale geben wird. Bleicher-Nagelsmann allerdings hält es für notwendig und wahrscheinlich.

Peter Nowak

„SECOND TUESDAY“

Medienstammtisch von connexx.av

Ab 11. Februar startet connexx.av mit einem neuen regelmäßigen Angebot, dem „Second Tuesday“. Einmal im Monat treffen sich Festangestellte und Freie aus den Branchen Privat-Radio und -fernsehen, Film sowie der Internet-Branche, um sich über die Entwicklung des Berliner Medienmarkts sowie über die bestehenden Arbeits- und Produktionsbedingungen in den Medien auszutauschen. Nicht ohne Grund startet der Stammtisch während der Berlinale, denn beim ersten Treffen sollen die Berliner Filmbranche, der Atelierbetrieb, die Filmförderung, die Auftragsvergabe

durch die großen Sender sowie die Arbeits- und Produktionsbedingungen allgemein im Zentrum des Interesses stehen. Für die Treffen der nächsten Monate ist geplant, von Zeit zu Zeit Referentinnen und Referenten einzuladen. Ob am jeweils zweiten Dienstag im Monat spezielle Themen zur Diskussion stehen oder ob einfach nur ein loses „get-together“ geplant ist, das erfährt man über die connexx.av-Homepage unter www.connexx-av.de oder erfragt man im Berliner connexx.av-Büro telefonisch unter 030-86 31-24 17. **Meike Jäger, Projektmanagerin connexx.av Berlin**

Härtefallregelung für n-tv

Beschäftigte zum Gehaltsverzicht bereit

Für die zu Ende November 2002 bei n-tv gekündigten 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist mit Hilfe der Einigungsstelle noch im Dezember ein Sozialplan ausgehandelt worden. Zwischen ver.di, DJV und Geschäftsleitung wird gegenwärtig über einen befristeten freiwilligen Gehaltsverzicht für Beschäftigte oberer Gehaltsklassen diskutiert. Die Gewerkschaften sind bereit, solche Härtefallregelungen auszuloten,

z.B. in Form eines Personalsicherungsfonds. Das setze allerdings Kontrollvereinbarungen über abfließende Mittel, die Offenlegung wirtschaftlicher Daten und die Ausarbeitung eines mitbestimmten Sanierungskonzepts voraus. Der Geschäftsleitung wurde dazu im Februar ein bis Jahresende befristeter Ergänzungstarifvertrag vorgeschlagen, der u.a. genau festschreibt, wozu die gewonnen Mittel verwandt werden dürfen. **red.**

Schluss mit Schmusekurs in Sheffield!

Beim Marathon-Streik der britischen Metallarbeiter sind Fortschritte kaum in Sicht

Es klingt fast unglaublich – dass britische Arbeiter in Sheffield schon fast zwei Jahre im Streik stehen. Dass die Gewerkschafts- presse darüber nie berichtet hat. Dass es keine Solidaritätsstreiks gibt, weil das auch unter der Blair-Regierung verboten ist. Dass die eigene Union AEEU die Streikenden in der Vergangenheit eher behindert hat statt sie zu unterstützen.

Ende vergangenen Jahres haben britische Kollegen darüber in Berlin berichtet. Eddie Grimes, Vorarbeiter in der Gießerei William Cook in Sheffield, erklärte, worum es geht: weder um Lohnerhöhungen noch um mehr Urlaub oder längere Pausen – die Streikenden wehren sich gegen eine Lohnkürzung von 80 bis 120 Pfund pro Woche.

Der Streik begann am 12. April 2001, und da der Unternehmer Verhandlungen verweigerte, dagegen mit Aussperrung drohte, begann ein langer, entbehrensreicher Arbeitskampf. Eddie Grimes: „Was Cook am meisten ärgert, sind die Streikposten vor seinem Tor.“ Doch ist Fortschritt kaum in Sicht; die nächste Verhandlung vor dem Arbeitsgericht wurde nun für März anberaumt.

Die Auseinandersetzung hat dennoch ein positives, wohl so nicht erwartetes Ergebnis. Die kritische Sicht auf den Schmusekurs der Gewerkschaftsführung gewann zunehmend an Schärfe,



Britische Arbeiter – hier Eisenbahner in Ken Loachs neuem Film „Der Navigator“ – entwickeln beachtliches Selbstbewusstsein.

und in einer Urwahl ist der extrem konservative Vorsitzende Sir Ken Jackson abgelöst worden. AEEU – inzwischen Amicus fusioniert – gilt als traditionelle Gewerkschaft des Metallsektors und ist zur Zeit die zweitgrößte im

Nächste Verhandlung
im März

Land. Ihr neuer, das linke Lager vertretende Vorsitzende Derek Simpson (er war ebenfalls mit nach Berlin gekommen) erklärte seine Linie: Sie heißt Schluß mit der Anbieterungspolitik gegenü-

ber den Unternehmern und dem Neoliberalismus von New Labour! Er steht an der Seite der streikenden Cook-Arbeiter und verurteilt die britische Arbeitsrechtsgesetzgebung als die restriktivste in Europa. Worauf ihm ironisch prophezeit wurde, „dass er bestimmt keine Aussicht hat, Sir zu werden, aber bald der Chef der größten britischen Gewerkschaft“. Ein Wandel scheint sich anzukündigen, denn auch in einigen anderen britischen Gewerkschaften haben sich linke Herausforderer gegen die Konservativen durchgesetzt.

Unsere Kontakte zu Kollegen auf der Insel bestehen minde-

stens seit 1997. Mancher erinnert sich vielleicht an den Berliner IG Medien-Bezirkstag 1998, als uns Steve Davison von TUC eine fundierte Analyse der Situation nach 20 Jahren Sozialabbau durch die Thatcher-Regierung vortrug. Eine Gruppe Berliner mit Constanze Lindemann traf sich u.a. in Liverpool mit Hafnarbeitern, die ebenfalls zwei Jahre für den Erhalt tariflich regulierter Arbeitsplätze gestreikt hatten.

Beim jüngsten Zusammentreffen engagierten sich der Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall und unser Fachbereich gemeinsam. Unterstützung leistet wiederholt die Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt, auch diesmal bei der Zusammenkunft mit den britischen Metallern.

Es wurde Geld gesammelt für die notleidenden Familien in Sheffield, die mit wöchentlich 40 Pfund strike pay (knapp 64 Euro) mehr schlecht als recht zurechtkommen müssen, und das seit langem. Es konnten bereits 900 Euro übergeben werden, und bestimmt wird in Sheffield gerade im Winter jeder Cent gebraucht. Am 17. März wird der bereits zweimal unterbrochene Arbeitsgerichtsprozeß weitergeführt, um bestehendes Recht und Arbeitsplätze zu sichern.

Annemarie Görne

Wer mehr erfahren will: www.labour-net.de/igm-akint.berlin

Angriff auf Journalisten

Bewährungsstrafen für prügelnde Polizisten

Zwei Jahre dauerten die Ermittlungen und das anschließende Verfahren gegen drei Berliner Polizisten, die im November 2000 auf einen japanischen Deutschland-Korrespondenten einschlugen. Die heute 26 bis 33 Jahre alten Beamten schützten am Alexanderplatz einen NPD-Aufmarsch, der von dem deutlich gekennzeichneten Fernsehberichterstatler, zahlreichen anderen Medienvertretern und Gegendemonstranten begleitet wurde. Das Amtsgericht Tiergarten sah die Vorwürfe wegen Körperverletzung im Amt, Sachbeschädigung

und Verfolgung Unschuldiger als erwiesen an, und verurteilte die Polizisten am 12. Dezember 2002 zu Bewährungsstrafen zwischen 6 und 18 Monaten.

Schon häufiger kam es im Laufe von Großdemonstrationen zu Übergriffen der Berliner Polizei auf Journalisten. So in den Jahren 1999 und 2000 am Rande der 1. Mai – Veranstaltungen in Berlin (Sprachrohr berichtete). Diesmal wurde der Vorfall allerdings von einem anwesenden Hobbyfilmer dokumentiert und musste so zu einer Verurteilung führen.

Hannes Heine

Feste und Freie sichern

Tarifliche Überleitung für RBB gefordert

Verhandlungen zu tariflichen Übergangsregelungen bei der Senderfusion zum Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) sind zwischen ver.di und DJV sowie den Geschäftsleitungen von SFB und ORB im Gange.

Die Gewerkschaften haben am 29. Januar den Entwurf eines Überleitungstarifvertrages vorgelegt, der Beschäftigungssicherung für Feste und Freie zum Ziel hat. Die Geschäftsleitungen sehen dagegen für die meisten Freien keinen Regelungsbedarf. Es werde keine Programmeinschränkungen geben, der neue Sender müsse

sich aber von freien Mitarbeitern trennen können. Die Verhandlungen gehen am 25. Februar weiter. ver.di will keine Aufspaltung zwischen Festen und Freien zulassen. Beschäftigung müsse im bisherigen Umfang gesichert werden. Trotz inhaltlicher Differenzen herrscht zwischen den Verhandlungspartnern bisher Konsens, dass es tarifliche Übergangsregelungen geben soll.

Die Arbeitgeberseite will zum Verhandlungstermin Ende März Vorschläge für Vorruhestandsregelungen für Festangestellte machen. **red.**



Jugendliches Engagement für ein brisantes Thema.

Foto: transit

„Der Schoß ist fruchtbar noch...“

ver.di holte Brecht-Kantate an die Akademie der Künste

Zur vorerst letzten Aufführung der Koloman-Wallisch-Kantate von Bertolt Brecht durch ein Bremer Theaterprojekt lud der ver.di-Fachbereich Medien, Kunst und Industrie am 25. Januar in die Akademie der Künste in Berlin ein. „Wir verstehen diese Aufführung als Beitrag unserer Gewerkschaft

zur Auseinandersetzung mit der Geschichte und als Ermutigung zur Beibehaltung des aufrechten Gangs“, erklärte dazu der Landesfachbereichsvorstand Berlin-Brandenburg. Mit der Aufführung der Kantate wurde an die Machtübernahme der NSDAP vor 70 Jahren, am 30. Januar 1933,

erinnert. „Die Auseinandersetzung mit der Geschichte passiert nicht in der Abhaltung von Wehestunden und auch nicht lediglich durch die Vermittlung von Lehren aus der Geschichte, sondern in der unmittelbaren Konfrontation mit dieser Vergangenheit hier und heute“, erklärte Constanze Lindemann, ver.di-Landesfachbereichsvorsitzende. Sie betonte, dass Errungenschaften, die auf dem unter großen Opfern erkämpften Sieg über den Faschismus fußen, heute „von vielen Seiten her bedroht sind“ und verwies auf einen drohenden Krieg gegen den Irak sowie auf Auswirkungen bei der Durchsetzung des Hartz-Konzeptes. Die Aufführung der „Kantate Koloman Wallisch“ stehe deshalb unter dem Motto des Brecht-Satzes „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“.

Kinder und Jugendliche aus Bremen, Hamburg und Niedersachsen haben sich zusammen mit der Bremer Gruppe Roter Pfeffer und einem 12köpfigen Orchester erstmals daran gemacht, das weitgehend unbekannt gebliebene Exil-Werk Brechts für die Bühne einzurichten. Die Kantate zeichnet die letzten Tage aus dem Leben des österreichischen Arbeitersekretärs und sozialdemokratischen Abgeordneten Koloman Wallisch nach, der im Februar 1934 bewaffneten Widerstand gegen den aufkommenden Faschismus in seiner Heimatregion organisierte, verraten und gehängt wurde. Für

VER.DI AUF ROSA-LUXEMBURG-KONFERENZ

Traditionell lud die Tageszeitung junge welt auch Anfang Januar diesen Jahres zur Rosa-Luxemburg-Konferenz, um aktuelle politische Ereignisse aus einer kritischen Perspektive zu diskutieren. Diesmal stand der drohende Krieg gegen den Irak und eine inaktive Linke im Vordergrund. Nachmittags saßen unter anderem Peter Strotmann für Attac, Uwe Hirsch als Bundesgeschäftsführer der PDS und Constanze Lindemann für ver.di Berlin (Fachbereich Medien, Kunst und Industrie) auf dem Podium. Eckart Spoo, Herausgeber der Zeitschrift Ossietzky, kritisierte den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst, als „einen Kampf, der zu Ende ging, bevor er richtig begonnen hatte“, und bezog sich positiv auf die Politik der früheren IG Medien. Er forderte von allen Anwesenden eine klare kompromisslose Antikriegshaltung. Constanze Lindemann erklärte, dass „Tarifverhandlungen Kompromisse verlangen, der Kampf gegen den Krieg aber nicht!“ Für die Gewerkschaften sei wichtig, durch eine eindeutige Haltung verlorene Glaubwürdigkeit zurück zu gewinnen. **Hannes Heine**

die Aufführung wurde Musik aus Orchester-Suiten von Hanns Eisler genutzt. Gefördert wurde das Projekt durch verschiedene Gewerkschaftsorganisationen und über das Aktionsprogramm des Bundes „Jugend für Toleranz und Demokratie – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Seit der Uraufführung im Dezember 2001 löbte das Stück auf einer Deutschland-Tournee kontroverse Debatten aus. Trotz des großen Engagements der Beteiligten und erkennbarer künstlerisch-darstellerischer Ansätze konnte auch die Abschluss-Aufführung in der Akademie der Künste über Schwächen des Stücks und dramaturgische Unzulänglichkeiten nicht hinwegtäuschen. Ob die Ausgrabung geeignet ist, die wichtige und aktuelle Aussage an ein heutiges Publikum zu bringen, bleibt unentschieden. **neh**

ANZEIGE

AOK - Die Gesundheitskasse
für das Land Brandenburg

Gesundheit und Gesundheitspolitik im Land Brandenburg

Sie recherchieren, brauchen Informationen, Zahlen, Daten, Hintergründe?

Rufen Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow
Pressesprecher Jörg Trinogga

Telefon: 03328 45-1513
Telefax: 03328 45-1514

E-Mail: joerg.trinogga@brb.aok.de
Internet: <http://www.aok.de>



Foto: transit/v.Polentz



Schicksal der Gewerkschafter im KZ wird erforscht.

Häftlingsgruppe der Gewerkschafter im KZ Sachsenhausen geehrt

Verhaftungswellen sollten potenziellen Widerstand gegen Nazis brechen

In der deutschen Erinnerungskultur über die Zeit der Nazi-Diktatur würden bislang „Opfer aus den Reihen der Gewerkschaftsbewegung“ kaum wahrgenommen. So begründete Prof. Dr. Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, warum Gewerkschafter in diesem Jahr von der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen bei Oranienburg als Opfergruppe ausgewählt wurden, der zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Mit „präventiven Verhaftungen, Kontrolle und Beobachtung“, so Morsch, hätten die Nazis seit ihrer Machtergreifung besonders Funktionäre der Gewerkschaft verfolgt. Sie seien von den braunen Machthabern, die einen „Dolchstoß in den Rücken der Front“ befürchteten, als Vertrauensleute in der Arbeiterschaft und in den Betrieben besonders gefürchtet gewesen.

Gewerkschafter als Opfer der Naziherrschaft seien bisher vernachlässigt worden, bestätigte Prof. Dr. Siegfried Mielke vom Otto-Suhr-Institut der Freien Univer-

sität Berlin. Gemeinsam mit Studenten arbeitet er seit mehreren Jahren an einem Biografieprojekt, in dem das Schicksal inhaftierter Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen erforscht wird. Der erste Teil eines dreibändigen biografischen Handbuchs ist be-

Projekt setzt neue Wertungen

reits erschienen. Nach Projektabschluss, voraussichtlich im Sommer nächsten Jahres, werden 300 Biografien publiziert sein. Es gelte die bisher auch im DGB vorherrschende Meinung zu revidieren, dass „nicht viele“ Gewerkschafter nach 1933 „den Mut besaßen, zu widerstehen“, wie es der ehemalige DGB-Vorsitzende Dieter Schulte noch 1995 ausdrückte. Vielmehr sei eine beträchtliche Zahl vor 1933 auch parteipolitisch aktiver Gewerkschaftsfunktionäre bereits im Februar/März 1933 per Schutzhaftbefehl und ohne Prozess in die neu errichteten KZs gebracht worden.

Bei weiteren Verhaftungswellen – nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften im Mai 1933, vor Kriegsbeginn 1939 sowie in der sogenannten „Aktion Gitter“ um den 20. Juli 1944 – kamen jeweils große Gruppen von Gewerkschaftern in die Lager nach Oranienburg und Sachsenhausen. Das betraf, so Mielke, führende Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterbundes, darunter vier Vorstandsmitglieder, den Vorsitzenden des Deutschen Baugewerksbundes, führende Köpfe des Deutschen Buchdruckerverbandes und der Eisenbahnergewerkschaft. Später wurde die illegale Reichsleitung der freien Gewerkschaften verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Keinesfalls, so der Historiker, seien Spitzengewerkschafter wegen ihrer Bekanntheit oder mit Rücksicht auf das Ausland verschont worden. Mehr als ein Drittel der gewerkschaftlichen Häftlinge in beiden Lagern kam aus der kommunistischen Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), in der das NS-Regime offenbar seine schärfsten Gegner vermutete, weil sie zu Demonstrationen, Streiks und Massenaaktionen aufrief. Ähnliches galt für die Anarcho-Syndikalisten. Aber auch Gewerkschafter, die noch 1933 Anhänger der „Politik der Anpassung“ gewesen waren und sich davon Überlebenschancen für die Organisationen versprochen, hätten später aus dem In- oder Ausland Widerstand gegen das Nazi-Regime geleistet. Alle, die dafür inhaftiert und ermordet wurden, hätten verdient, dass man sie „nicht in Vergessenheit geraten lasse“, so der Redner. Exemplarisch für die Opfer wurde Lothar Erdmann (1888 – 1939) gewürdigt. Der frühere Chefredakteur der Zeitschrift „Die Arbeit“, wissenschaftliche Gewerkschaftszeitung des ADGB, starb bereits zwölf Tage nach seiner Einlieferung ins KZ Sachsenhausen an den Folgen von Misshandlungen. **neh**

Siegfried Mielke (Hg.): Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biografisches Handbuch. Band 1, Edition Hentrich, Berlin 2002, ISBN 3-89468-268-x, 16,80 €.

PROTESTE GEGEN DIE HARTZ-PLÄNE

Am 11. Januar haben sich Gewerkschafter sowie Vertreter von Erwerbslosen- und Sozialhilfegruppen in Frankfurt/Main zu einem deutschlandweiten Bündnis gegen die Hartz-Pläne zusammengeschlossen. Federführend dabei war das Berliner Anti-Hartz-Bündnis, das schon im vergangenen Dezember mit mehreren gut besuchten Veranstaltungen und einer witterungsbedingt mäßig besuchten Demonstration an die Öffentlichkeit getreten ist. Im Berliner Bündnis waren von Anfang an Gewerkschafter aktiv vertreten.

Die Kritik an dem Hartz-Konzept richtet sich hauptsächlich gegen die dort vorgesehene Ausweitung der Leiharbeit und des Niedriglohnsektors. „Diese Vorschläge beruhen auf der falschen Diagnose, dass die Massenarbeitslosigkeit eine lohnkostenbedingte Krise ist. Entsprechend dieser falschen Diagnose wird eine Therapie vorgeschlagen, die sich in ihren Kernpunkten gegen Beschäftigte und Arbeitslose wendet“, heißt es in einem gewerkschaftlichen Kritikpapier. Pointierter drückte es der ehemalige IG-Medien-Vorsitzende Detlef Hensche auf einer Veranstaltung Anfang Dezem-

ber in Berlin aus. „Im Mittelalter behaupteten die Alchimisten, sie könnten aus Lehm Gold machen. Und alle glaubten ihnen. Die modernen Alchimisten sind die Wirtschaftsexperten, die behaupten, durch immer mehr Lohnsenkungen könne die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Auch heute glauben ihnen viele“. Auch innerhalb der Gewerkschaften ist diese Debatte in vollem Gange.

In den nächsten Wochen und Monaten sind mehrere Aktionstage gegen die Hartz-Pläne geplant. So soll am 8. März, dem Internationalen Frauentag, die besondere Betroffenheit erwerbstätiger Frauen durch die Hartz-Pläne thematisiert werden. Am 1. April wird mit dezentralen Aktionen bundesweit gegen die Einführung der Personal-Service-Agenturen (PSA) protestiert werden. Eine bundesweite Protestaktion ist für den 1. Juli in Berlin geplant. An diesem Tag soll nach der bisherigen Planung im Berliner Reichstag über die anvisierte Zusammenlegung von Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld debattiert werden. **Peter Nowak**

Kontakt zum Berliner Anti-Hartz-Bündnis:
www.anti-hartz.de



Harald Kretzschmar porträtiert Constanze Lindemann.

Passender hätte der Zeitpunkt nicht gewählt sein können: Mit den in der aktuellen Diskussion um einen drohenden Irak-Krieg treten 22 ost- und 11 westdeutsche Karikaturisten in der Medien Galerie an die Öffentlichkeit. „Aufhör'n! Karikaturen gegen den Krieg“ – diese pointierten Anti-Kriegswerke der kleinen Form werden noch bis zum 14. März zu besichtigen sein. „Dass wir jetzt derartig auf der Höhe der Zeit sind, konnten wir uns bei der Planung der Ausstellung im Oktober vergangenen Jahres kaum vorstellen“, sagte ver.di Landesfachbereichsvorsitzende Constanze Lindemann zur Eröffnung. Sie dankte den Zeichnern, die ihre Werke unentgeltlich zur Verfügung stellten, und Gerta Stecher, Uwe Tramnitz und Anna Schendel vom Galerierat für die ehrenamtliche Mühsal der Organisation. Schon seit Jahren habe sich die Galerie auch „friedensstiftender Mission“ verschrieben. Diktatoren und Kriegs-

gelüste der Lächerlichkeit preiszugeben, sei befreiend. „Und beim Lachen festzustellen, dass Freunde und Verbündete an der Seite stehen, ist ein wunderbares Gefühl.“ Von den „unschlagbaren Wirkungen“, die Karikaturisten erzielen, können sich Besucher beim Rundgang überzeugen. Reiner Schwalme etwa hat mit feinem Strich eine häusliche Fernsehscene gezeichnet, in der eine Frau von der Couch aus ihren Bierholenden Ehemann ruft: „Schnell, Dieter, der Krieg geht weiter!“ Manfred Bofinger stellt den „Jäger 90“ in umweltfreundlicher Version vor: als Jagdfreund mit Blumenstrauß. Ottfried Zielke – unverwechselbar in Strich und Farbigkeit – brachte zwei schmerzbäuchige Geschäftsleute aufs Papier, von denen einer sich mit einer weißen Weste brüstet und der andere mit einer



kugelsicheren. Ob Collage von Andreas Prüstel (Außenminister Fischer mit Pickelhaube) oder Peter Muzeniaks altmeisterliche Nachempfindung von Goyas „Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer“ (nebenstehende Illustration), ob satirisch oder philosophisch, die Handschriften sind vielfältig. Doch sie können „mit ihren sparsamen Mitteln kenntlich machen, was Krieg verursacht, was Krieg anrichtet“, wie es Karikaturist Harald Kretzschmar formulierte. Dabei sei man glücklicherweise frei von der Verpflichtung zu Political Correctness. „Aufhör'n – was heißt das anderes als nicht anfangen“, bezog er sich auf das Motto der Ausstellung. „Wir gehen gegen das Geschrei Kriegslüsterer ‚kriegs-lustig‘ an. Insofern ist Ka-

Aufhör'n!

Karikaturen gegen den Krieg in der Medien Galerie



Horst Schischkoff aus Potsdam fand sich gut getroffen.

rikatur als Waffe schon zum Lachen.“

Wer das immer mal wieder möchte, kauft sich das Buch „Aufhör'n! Karikaturen gegen den Krieg“, erschienen im GNN Verlag Schkeuditz 2002, ISBN Nr. 3-89819-122-2, auch im Buchhandel zu bestellen, für 19,50 €. Als Dankeschön für den Erwerb wurden Besucher der Ausstellung von den anwesenden Karikaturisten porträtiert. Zu denen, die ihr Konterfei schwarz auf weiß nach Hause trugen, gehörte Horst Schischkoff aus Potsdam. Er fand es wirkungsvoll, hier „in kleiner Öffentlichkeit Zeichen zu setzen“. In großer Öffentlichkeit sei das schwer.

Bettina Erdmann

Ausstellung „Aufhör'n! Karikaturen gegen den Krieg“ noch bis 14. März 2003 in der Medien Galerie, Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10, 10965 Berlin (Nähe Platz der Luftbrücke). Mo bis Do 12-19 Uhr, Eintritt frei. Anmeldung außerhalb dieser Zeiten, vor allem für Schulklassen, vorab unter Tel. 030/68 30 20 90.

Bedarfsorientierte Grundsicherung

Neuregelung soll verdeckter Armut vorbeugen

Um Rentnern und dauerhaft Erwerbsgeminderten mit geringem Einkommen den Lebensunterhalt zu sichern, wurde bereits im Juni 2001 mit Artikel 12 des Altersvermögensgesetzes die bedarfsorientierte Grundsicherung geregelt. Sie ist ab 1. Januar 2003 in Kraft getreten. Die Grundsicherung löst – bei einem vereinfachten Verfahren – die Sozialhilfe für Rentner ab. Haben doch viele Rentner den „peinlichen“ Weg zum Sozialamt gescheut, auch aus Furcht, dass die Angehörigen in die Pflicht genommen und die ihnen gewährten Leistungen von diesen zurückgefordert werden.

Mit der bedarfsorientierten Grundsicherung wird hier Abhilfe

geschaffen und kann verdeckter Armut entgegengewirkt werden.

Die Leistungsberechtigten müssen nicht zum Sozialamt gehen, um die Grundsicherung zu beantragen. Dafür wurden Grundsicherungsämter bei den Stadt- bzw. Gemeindeverwaltungen (in Berlin bei den Bezirksämtern) geschaffen, wo die Anträge gestellt werden können. Auch wenn es sich bei der Grundsicherung um keine Rente handelt, sondern diese aus Steuereinnahmen finanziert wird, nehmen auch die Rentenversicherungsträger die Anträge entgegen.

Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse von Kindern bzw. Eltern müssen nicht von vornher-

ein offen gelegt werden. Nur bei hinreichenden Anhaltspunkten für ein Einkommen dieser Personen von über 100 000 Euro im Jahr müssen entsprechende Auskünfte gegeben werden. Deshalb werden beim überwiegenden Teil aller Antragsteller Familienangehörige weder mit Auskunftsbegehren noch Rückgriffsrechten des Amtes konfrontiert werden.

Anspruch auf diese Leistung besteht nur bei Bedürftigkeit, die anhand des eigenen Einkommens aus Rente, Unterhalt, Miet- und Pachteinnahmen und ähnlichem, aber auch des Ehegatten oder Partners in einer eheähnlichen Gemeinschaft ermittelt wird.

Die bedarfsorientierte Grundsicherung

liegt um ca. 15 % über dem bisherigen Sozialhilfesatz und vereinfacht zu beantragende Leistungen, indem sie diese pauschal gewährt, wie Leistungen für Bekleidung. Die Grundsicherung wird nur auf Antrag und nicht rückwirkend gewährt. Deshalb sollte jeder, der das 65. Lebensjahr vollendet bzw. dauerhaft erwerbsgemindert ist und ein geringes Einkommen hat, einen Antrag auf Grundsicherung stellen. Insbesondere für alle, deren monatliche Rente unter 844 Euro liegt, lohnt es sich, Ansprüche vorsorglich prüfen zu lassen.

Die Anträge sind bei den Stadt- bzw. Gemeindeverwaltungen/ Bezirksämtern sowie den Rentenversicherungsträgern zu erhalten.

A. J.

Weitere Informationen unter: www.gesichertes-Leben.de/faQ/Grundsicherung



Foto: transtiv/Polemtz, Montage: bleifrei/C.Sikora

Wer will, kann künftig überall fernsehen

In Berlin-Brandenburg werden die ersten analogen Antennenfrequenzen auf digital umgestellt - weltweit erstmalig

Umsteigen statt Aussteigen“ verspricht neue Fensterwerbung in U- und S-Bahnen der Hauptstadt und verkündet euphorisch: „Digital statt Endstation“. Die Aufkleber für DVB-T: Das ÜberallFernsehen kündigt vom Countdown, denn am 28. Februar will die Hauptstadtregion weltweite Vorreiterin sein. Erstmals

sollen in großem Umfang analoge Antennenfrequenzen abgeschaltet und darauf digitale Fernsehsignale verbreitet werden.

Das so genannte Digital Video Broadcasting-Terrestrial (DVB-T) wird seit 1. November 2002 schrittweise in Berlin-Brandenburg in den Regelbetrieb überführt: Seither können über 4,5 Millionen Haushalte Das Erste der ARD, ZDF, ORB, SFB1, RTL, RTL II, Pro Sieben

und Sat.1 in digitaler Ton- und Bildqualität empfangen. Ab 1. März werden es rund 20 Programme über Antenne sein – statt bisher zehn, zumeist auch noch mit rauschendem Ton und wackelnden Bildern.

Zu den Vorteilen von DVB-T gehört außer der besseren Qualität auch die Angebotsvielfalt. Ähnlich wie bei Kabel und Satellit werden TV-Signale in Datenpakete zerlegt, komprimiert und dann ausgestrahlt. So passen in einen Kanal,

der bislang mit einem Sender belegt war, bei DVB-T bis zu vier TV-Programme. Dazu kommt noch der mobile Empfang, etwa in Bus, Bahn, auf dem Schiff, im Garten oder am Badeseesee, weshalb Werbestrategen das sperrige Kürzel mit dem Zusatz „Das ÜberallFernsehen“ aufgeladen haben.

Den etwa 150 000 betroffenen Haushalten in Berlin-Brandenburg, die ausschließlich über Antenne fernsehen, soll „beim terrestrischen Empfang mehr Programmvielfalt und Wahlfreiheit“ geboten werden, begründet Dr. Hans Hege,

Direk:
Branc
Umste
halte
von d
meins
dort u
gen
Decod
Herst
auch
8,50
Für
jekt P
sowo
auch
zu hc
auch
und T
lekon
einst
TV-Üt
Eigen



hätter
„wär
weg r
lig ab

Abger
gerad
beein
koste
mögli
schaf
es auf
Anter
ge un
mit, i
gebau
neue
müsse
nenfr
aus a
groß

Da we

DVB-T: Das digitale Fernsehen über Antenne bildet zusammen mit den Normen für Kabel- und Satellitenübertragung DVB-C und DVB-S eine Familie internationaler Standards für das Zukunftsfernsehen. Dabei werden die Bild- und Ton-Signale nach einer bestimmten Norm codiert und als Datenpakete übertragen. Geräte funktionieren deshalb weltweit.

QUAL DER WAHL: Mit DVB-T: Das ÜberallFernsehen haben Zuschauer die Qual der Wahl – zwischen An-

tenne, Kabel und Satellit. Einfacher wird die Entscheidung, wenn man weiß, was die Übertragungswege leisten und welche Kosten mit den einzelnen Übertragungswegen verbunden sind. Mit Kabelanschluss kann man heute schon fast 40 Programme sehen – sowohl analog wie auch digital. Dafür ist monatlich ein Entgelt an die jeweilige Kabelgesellschaft zu entrichten. Via Satellit können weitaus mehr Programme als im Kabel empfangen werden. In der Regel braucht man in Mietwohnungen aber eine Ge-

nehmigung des Vermieters, um eine Empfangsschüssel außen anbringen zu können. Mit DVB-T: Das ÜberallFernsehen sieht man mehr als 20 Programme – mit einer Zimmerantenne und ohne laufende Zusatzkosten.

GERÄTE: Ohne DVB-T-Zusatzgerät, das die digitalen Datenpakete für das analoge TV-Gerät übersetzt, bleibt der Bildschirm schwarz. Dieser so genannte DVB-T-Decoder bzw. die Set-Top-Box wird zwischen die Antenne und das Fernsehgerät angeschlossen. Eine weitere Möglichkeit des DVB-T-Empfangs

ist die Integration des Decoders in das Fernsehgerät. Eine spezielle Variante der Nutzung von DVB-T: Das ÜberallFernsehen sind so genannte USB-Boxen bzw. Steckkarten, mit denen man auch am Computerbildschirm fernsehen kann. Künftig soll DVB-T: Das ÜberallFernsehen auch mittels Zusatzbauteilen an Laptops, Notebooks und an Westentaschen-PCs (Organizer, PDA) empfangbar sein. Sogar Handys mit DVB-T-Empfang sind in Planung. Für Fahrzeuge werden spezielle DVB-T-Einbausätze entwickelt. Selbst der kom-

binien
digital
Digita
nisch
wahl z
gerät
ner“ s
stung:
schluss
und A
rungsl
lung v
ANTEN
tenne

tor der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) die harte Zellung. Sozial bedürftige Haushalte würden ja Unterstützung der Sozialämtern erhalten. Gemeinsam mit der mabb werden unter bestimmten Bedingungen und auf Antrag kostenlos oder zur Verfügung gestellt. Händler und Handel bieten Miet- und Leasinggeräte für Euro im Monat an.

r ihr einmaliges DVB-T-Projekt hat die mabb es geschafft, ohl Öffentlich-rechtliche wie private Sender mit ins Boot holen. Unterstützung kommt von den Netzbetreibern SFB T-System/Mediabroadcast (Tenn). Das erklärte Ziel ist es, die dominierende Antenne als Übertragungsweg zu erhalten. tlich, vor dem Tod zu bewahren, denn bundesweit schauen nur noch sieben Prozent ausschließlich auf diesem Wege fern. Mit über 55 Prozent liegt Kabel deutlich vor Satellit (36 Prozent). „Wenn wir nichts unternommen

“, sagt mabb-Direktor Hege, e dieser TV-Übertragungsmangels Akzeptanz bald vollständig worden“. er auch die Sender wollen de in Zeiten bröckelnder Werbemaßnahmen ihre Übertragungskosten minimieren und sich wofür neue, junge Mobilkunden erschließen. Der mabb geht über dem Erhalt der Alternative ne aber noch um mehr. Herd sein Medienrat ringen darin dem nicht vollständig ausnutzen analogen Kabel immer Sender unterzubringen zu en. Auch die Zahl der Antennenfrequenzen – obwohl in Berlin alliierten Zeiten noch relativ – ist begrenzt. Gestattet der

er auch die Sender wollen de in Zeiten bröckelnder Werbemaßnahmen ihre Übertragungskosten minimieren und sich wofür neue, junge Mobilkunden erschließen. Der mabb geht über dem Erhalt der Alternative ne aber noch um mehr. Herd sein Medienrat ringen darin dem nicht vollständig ausnutzen analogen Kabel immer Sender unterzubringen zu en. Auch die Zahl der Antennenfrequenzen – obwohl in Berlin alliierten Zeiten noch relativ – ist begrenzt. Gestattet der



Vermieter Satellitenschüsseln nicht, können viele Ballungsraumbewohner nicht mal die Programme sehen, für die sie Gebühren zahlen.

Doch die digitale Antennenvielfalt gibt es nicht umsonst. Zum einen müssen – wie Ende Februar – analoge Programme komplett abgeschaltet werden, damit auf den leistungsstarken Frequenzen digital ausgestrahlt werden kann. Zum zweiten: Wer sich keinen DVB-T-Decoder zulegt, dessen Bildschirm bleibt schwarz. Die einmaligen Anschaffungskosten liegen zwischen 170 und 400 Euro – zusätzliche laufende Kosten wie die Monatsgebühr beim Kabel fallen nicht an. Außer die etwa 150 000 Haushalte in Berlin-Brandenburg trifft es auch etwa 90 000 Zweitgeräte zu Hause, in Garten- oder Wochenendhäusern.

Trotzdem scheint DVB-T attraktiv zu sein, wie der Abverkauf von 30.000 Decodern im letzten halben Jahr zeigen. Bei Online-Umfragen und der Hotline im Call-Center (018 02/32 39 99 – Montag bis Freitag von 10-22 Uhr für 6 Cent pro Anruf) häufen sich Lob – und Umstiegsbekundungen frustrierter Kabelkunden. Kein Wunder, dass die Übertragungswege-Konkurrenz, die gerade ihre Preise auf fast 15 Euro im Monat erhöht hat, ihre Felle wegschwimmen sieht. Der Kabelverband ANGA will bei der EU in Brüssel eine Subventionsklage einreichen – anstatt durch digitale Aufrüstung seine Netze attraktiver zu machen.

Vivian Werner

Es gibt noch Kapazitäten

Interview mit Prof. Ernst Benda, Vorsitzender des Medienrates Berlin-Brandenburg, über die Programmbelegung

Welche Programme sind bei DVB-T: DasÜberallFernsehen bei der Analog-Digital-Umschaltung am 28. Februar zu sehen?

Ernst Benda: In Berlin und Brandenburg werden ab 28. Februar natürlich die öffentlich-rechtlichen Programme von ARD, ZDF, SFB und ORB aber auch vom Mitteldeutschen Rundfunk und Norddeutschen Rundfunk digital zu sehen sein. Dazu kommen die Gemeinschaftsprogramme von ARD und ZDF, also der Kinderkanal und Phoenix sowie der deutsch-französische Kulturkanal arte. Auch die bundesweiten privaten Programme werden alle dabei sein. Damit können dann nicht nur wie bisher RTL, RTL II, ProSieben, Sat.1 und Vox empfangen werden, sondern zusätzlich SuperRTL, Kabel 1 und N24. Mit dem Westdeutschen Rundfunk, Fernsehen aus Berlin (FAB) und der BBC laufen noch Gespräche.

Es fehlen aber einige interessante Sender – von n-tv über Eurosport bis zu MTV oder Viva. Nach welchen Kriterien entscheidet der Medienrat bei der Auswahl der Programme?

E.B.: Bei DVB-T gelten die selben Regeln wie auch sonst bei der Lizenzvergabe. Nur mit einem wichtigen Unterschied: Anders als beim analogen Fernsehen haben wir in der digitalen Welt noch keinen Engpass. Die Regulierungsbehörde hat uns mehr Übertragungskapazitäten zugewiesen als wir augenblicklich nutzen könnten.

Welche Rolle spielen die Wünsche der analogen Antennenseher, die sich nun umstellen müssen? Und wie hat der Medienrat deren Interessen erkundet?

E.B.: Ein ganz wichtiges Kriterium bei der Auswahl von Programmen für eine Lizenzierung ist der Beitrag der Programme zur Meinungsvielfalt. Uns schreiben natürlich auch viele Leute, dass sie dieses oder jenes Programm gerne sehen würden. So etwas lassen wir nicht unbeachtet. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit den jetzt ab März vorgesehenen Programmen dem Anspruch an die Vielfalt genauso genügen, wie wir den Ansprüchen der Verbraucher entsprechen können.

Gibt es auch nach dem Umschaltdatum 28. Februar für Veranstalter von TV-Programmen und Diensten noch die Möglichkeit, sich um eine Verbreitung zu bewerben?

E.B.: Es gibt noch Kapazitäten, die für die Ausstrahlung von Fernsehprogrammen, aber auch für Dienste genutzt werden können. Ich will da aber keine übertriebenen Erwartungen wecken: Die DVB-T-Ausstrahlung kostet Geld – und das müssen die Anbieter, die ja bisher auf eine terrestrische Ausstrahlung nicht gesetzt hatten, zuerst einmal aufbringen wollen.



Ernst Benda

erden Sie geholfen...

te Empfang von analogem und dem Fernsehen sowie UKW- und Radio in Autos soll bald technisch umgesetzt werden. Bei der Auswahl des günstigsten Einstiegs- und leistungsfähigsten „Alleskönner“ sollte man auf bestimmte Leistungsmerkmale achten, wie die Anschlussmöglichkeit für Videorecorder und Audiogeräte, die Programmiermöglichkeiten und die Darstellung von Zusatzinformationen.

TIPPS: Wo man bislang über Antennen für das Fernsehen schauen kann man

dies auch in Zukunft, denn die vorhandenen Dach- oder Zimmerantennen sind für digitalen TV-Empfang geeignet, ebenso der Fernsehseher. An einen DVB-T-Decoder kann man nur jeweils ein analoges Fernsehgerät anschließen. Für Gemeinschafts-Hausantennen wird es bald eine technische Lösung für die zentrale Signalumwandlung geben. Genau so wie bei Satelliten- und digitalem Kabelempfang kann man auch bei DVB-T: DasÜberallFernsehen prinzipiell nicht gleichzeitig ein Programm sehen und ein anderes mit einem Videorecorder aufnehmen. Etliche Hersteller wollen aber demnächst DVB-T-Geräte produzieren,

mit denen das möglich ist. Auch sollen so genannte Kombi-Decoder angeboten werden, die für digitales Antennenfernsehen wie auch Kabel- bzw. Satellitenempfang geeignet sind. Einige Hersteller und der Handel bieten auch spezielle Digital-Antennen als kleinen Stab bzw. flache Schachtel. Sie reichen im Ballungsraum Berlin/Potsdam für den digitalen Fernsehempfang völlig aus. **HILFE:** Außer der Hotline (s. Text) kann man sich auch auf der offiziellen Homepage www.ueberallfernsehen.de informieren. Bei www.digitalfernsehen.de gibt's dazu auch Foren und bei www.tv-plattform.de

Details zur Technik. Die Programmbelegung steht unter www.garv.de, aktuelle Entwicklungen bei www.mabb.de. Programminformationen findet man bei den beteiligten Sendern in ihren Videotexten und jeweiligen Internetauftritten. Bei Geräteproblemen helfen der Handel bzw. die jeweiligen Hersteller weiter. Unabhängige Beratung zu DVB-T bieten auch die Verbraucherzentrale Brandenburg (Telefon: 03 31 / 29 87 10), die Verbraucherzentrale Berlin (030 / 21 48 50) und der Berliner Mieterverein (030 / 22 62 60).

VORGESTELLT

FACHGRUPPE 7

Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju)

„Nichts ist mehr, wie es war“, konstatierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Landesfachgruppenkonferenz im Herbst vorigen Jahres, in der – erstmals gemeinsam von den Mitgliedern der ehemaligen DAG und der IG Medien der neue Vorstand gewählt wurde. Seitdem hat die obige Feststellung schon wieder aktuellere Bedeutung. Immerhin wuchs die Mitgliederzahl der Fachgruppe 7 inzwischen auf 4500. Mehr als die Hälfte davon sind Freie. Diesen widmet der Vorstand der dju gegenwärtig besondere Aufmerksamkeit.

Bundesweit entließen die Verlage zehn Prozent ihrer Redakteure, Fotografen – Feststellte, Pauschalisten, feste Freie usw. Honorare wurden gekürzt, der

Streichorgie der Verlage

Seitenumfang verringert. „FAZ“ und „Süddeutsche“ strichen ihre Berlin-Seiten. Das Sprachrohr berichtete ausführlich darüber, wie Managementfehler mit dem Gezeter über geringere Anzeigenerlöse übertüncht wurden. Oder über enttäuschende Ergebnisse

Wie frei ist ein Freier? Oder: ...ich bin so frei

von Online-Aktivitäten, die Millionen verschlungen hatten.

Im Berliner Verlag gab es bisher 135 Kündigungen. Die „Märkische Oderzeitung“, die aus dem Arbeitgeberverband austrat, verdünnt vor allem Geschäftsstellen und Lokalredaktionen. Auch Entlassungen, die sich aus der Fusion von „Die Welt“ und „Berliner Morgenpost“ ergaben, sind bekannt.

Wie ver.di sich in diese Prozesse einmischte? Mit der Teilnahme am Kampf der Freien des Berliner

Gemeinsam den Bedingungen trotzen

Verlages gegen neue „Allgemeine Geschäftsbedingungen“, nach denen alle Nutzungsrechte der Freienbeiträge an den Verlag übergehen sollten. Mehr als 40 Freie unterschrieben das nicht! ver.di begleitete den Prozess der freien Tagesspiegel-Fotografen, wie Proteste vor dem Hotel Continental, wo Verleger gegen das neue Urheberrechtsgesetz Sturm liefen. Ein Erfolg war auch die Unterstützung der Betriebsratswahlen bei Springer. Dem nun einheitlichen Gremium für den Redaktionsstandort gehören 21 ver.di-Mitglieder an. Stärker noch als bisher will sich die dju in tarifpolitische Diskussionen einbringen.



Mehr als die Hälfte sind Freie...

Foto: transit/C.v.Polentz

Um den immer zahlreicher werdenden Freien Kenntnisse über die Rahmenbedingungen ihrer freiberuflichen Existenz im Medienbereich zu vermitteln, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, gibt es über bundesweite und regionale Diskussionsrunden hinaus Seminare. Die nächsten sind schon geplant (siehe Seite 14).

Informationen, Ratschläge und

Erfahrungen vermittelt zudem die neue Mailing-Liste, über die Fachgruppenvorsitzender Matthias Gottwald im letzten „Sprachrohr“ ausführlich informierte. Näheres ist auch über Landesfachbereichsleiter Andreas.Koehn@verdi.de zu erfahren. Er betreut die dju.

Eine weitere Möglichkeit, sich im Kreise freier Journalisten, Fotografen und mit Redakteuren auszusprechen, bietet der Stammtisch der dju, der nunmehr im Café Stresemann tagt. Treff ist jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr.

Eva Brillke



DJU-STAMMTISCH FÜR „FREIE“



Immer mehr freiberufliche Journalistinnen und Journalisten sind den Versuchen der Zeitungsverlage ausgesetzt, ihre Vertragsbedingungen weiter zu verschlechtern. Zum Thema Pauschalverträge, Vertragsbestandteile und Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) veranstaltet die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) Berlin-Brandenburg daher einen Journalistenstammtisch am Montag, 28. April, 19.30 Uhr im

„Café Stresemann“. Andreas Köhn, ver.di-Fachbereichsleiter Medien, informiert Euch und stellt sich Euren Fragen. Das „Café Stresemann“ findet ihr in der Stresemannstraße 90/ Ecke Anhalter Straße, in 10963 Berlin, Tel. 2611760. Es liegt genau gegenüber vom Anhalter Bahnhof und ist mit dem ÖPNV S 1, 2 und 25 (Anhalter Bahnhof), den Bussen 248, 341 und N 29 zu erreichen, fußläufig vom Potsdamer Platz 5 Minuten.

Matthias Gottwald

Potsdam verhandelt allein

Tarifrunde für Redakteure vor der Entscheidung

In der aktuellen bundesweiten Tarifrunde für Redakteure an Tageszeitungen ist ein regionales Novum zu vermelden: Nachdem der Zeitungsverlegerverband Berlin-Brandenburg dem Bundesverband der Deutschen Zeitungsverleger (BDZV) das Verhandlungsmandat entzogen hatte, müssen völlig losgelöste Gehaltstarifverhandlungen für die „Märkische Allgemeine Zeitung“ in Potsdam geführt werden.

Die Arbeitgeberseite bezieht in diesen Verhandlungen bisher den Standpunkt, dass mit der 100prozentigen Gehaltsangleichung für ihre Redakteurinnen und Redak-

teure an das Westniveau ab 1995 ein politischer Tribut gezollt worden sei, den sich die „Märkische Allgemeine“ in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation weder weiter leisten könne noch wolle. Ziel der Verhandlungen seien deshalb massive Kompensationen und Abstriche bei den Bezügen der Beschäftigten.

Die Tarifrunde für die rund 140köpfige Redaktion des Potsdamer Verlagshauses wird am 19. Februar in die entscheidende Phase gehen. Am 12. Februar organisierte ver.di eine Redaktionsversammlung, die Vorgaben für die Verhandlungen diskutierte. **red**

FACHGRUPPE


**DARSTELLENDEN
KUNST**

Interview mit Madeleine Lierck-Wien, als freie Schauspielerin seit Sommer 2002 Vorstandsmitglied der Fachgruppe 10 bei ver.di Berlin-Brandenburg.

Wo liegen Ihre beruflichen Schwerpunkte?

Meine Ausbildung habe ich an der Filmhochschule in Babelsberg gemacht, spezialisiert habe ich mich nicht. Ich drehe Filme, spiele Theater und mache Kabarett. Vor Weihnachten war ich in Dresden bei dem Stück „Die Weihnachtsgans Auguste“ dabei, das ist richtig schöne Schauspielerarbeit. Im Januar ging es dann mit Kabarett weiter. Vielseitigkeit macht den Beruf interessant. Sie wird allerdings auch zur Notwendigkeit, wenn man nicht mehr Mitte zwanzig ist. Man hat dann zwar mehr schauspielerisches Potenzial, aber es gibt weniger Rollen.

Was verändert sich in Ihrem Beruf?

Es gibt heute ein Heer von guten Schauspielern. Das bekommt dem Beruf, allerdings entsteht dadurch harte Konkurrenz. Feste Engagements werden immer seltener. Das hat Vor- und Nachteile: Für die künstlerische Seite sind allzu feste Engagements nicht immer nützlich. Auf der anderen Seite ist die soziale Situation für viele Freie nicht einfach. Zwar kann sich aus dem Konkurrenzdruck künstlerische Qualität entwickeln. Aber jeder Ausrutscher wird registriert, und Leute werden schnell aussortiert. Die Bezahlung der Freien richtet sich nach Angebot und Nachfrage und nach den zur Verfügung stehenden Budgets. Kaum einer hat noch Geld. Manchmal



Foto: transit/C.v.Polentz

Vollblutschauspielerin mit Gemeinsinn: Madeleine Lierck-Wien

Den Mund aufmachen und Ideen sammeln

kommt man nicht darum herum, für eine geringere Gage zu arbeiten. Man muss jonglieren: Einerseits darf man sich nicht alles gefallen lassen, andererseits muss man Kompromisse schließen, um die Arbeit zu behalten.

Warum engagieren Sie sich als freie Schauspielerin in der Gewerkschaft?

Eine gemeinsame Interessenvertretung ist wichtig. Viele Leute wissen gar nicht, dass es eine Gewerkschaft ver.di gibt und darin auch eine Fachgruppe für Schauspielerinnen und Schauspieler. Das muss mehr publik gemacht werden. In meinem Freundes- und Bekanntenkreis sind nur sehr we-

nige in der Gewerkschaft. Alle haben mit sich zu tun. Aber es gibt bei ver.di beispielsweise Stammtische, bei denen man sich austauschen kann, oder Seminare zu Themen wie Sozialversicherung oder Existenzgründung. Es gibt gemeinsame Erfahrungen und Sorgen, die können da aufgefangen werden.

Was können Schauspieler sonst noch von ver.di erwarten?

Sie können natürlich nicht erwarten, dass sie von der Gewerkschaft Aufträge bekommen, dafür ist sie nicht da. Aber in einer Zeit, in der die Gesellschaft sehr unmoralisch geworden ist, was Zahlungen und die Einhaltung von

Verträgen betrifft, ist Rechtsbeistand wichtig. Gerade für uns Freie ist dieser Aspekt entscheidend: Es gibt für uns zwar keine Kündigung aber eben auch keinen Tarifvertrag. Und es ist etwas anderes, wenn ich mich im Streitfall alleine mit dem Veranstalter rumschlagen muss oder eine Organisation im Rücken habe.

Wie verstehen Sie ihre Aufgabe im Vorstand der Fachgruppe?

Als Gewerkschaftsfunktionärin, die sagt, wo es lang geht, sehe ich mich nicht. Ich war und bin eine ganz normale Schauspielerin, die ihren Mund aufmacht, wenn es etwas zu sagen gibt, aber ich weiß, dass sich die Welt und wir Menschen darin nur schwer verändern lassen. Ich möchte mit mehr Kollegen als bisher bei den Stammtischen Ideen sammeln. Außerdem halte ich es für wichtig, dass sich in einer Gewerkschaft die unterschiedlichsten Individuen zusammenfinden. So bekommt man Kontakt zu Menschen, mit denen man sonst wenig zu tun hat. Das gibt Gelegenheit, sich mit klugen Leuten auszutauschen und neue Denkweisen zu gewinnen.

Welchen Zukunftsaufgaben muss sich ver.di stellen?

Die Kunst darf nicht untergehen, Theater und Bühnen müssen ihren Platz behalten. Wenn man da nicht geballt auftritt, werden immer mehr Häuser geschlossen. Und stabile Eintrittspreise sind wichtig, sonst kommen die Leute nicht. Auch Qualitätssicherung ist entscheidend. Natürlich sind die Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaft da begrenzt. Trotzdem ist es nützlich, sich darüber auseinander zu setzen. Viele Kunstschönheiten wären wahrscheinlich schon geschlossen, wenn es die Gewerkschaft nicht gäbe.

**Das Gespräch führte:
Ute C. Bauer**

ANZEIGE

Journalisten, Autoren, Künstler!



**Von der Gründung zur erfolgreichen selbständigen Existenz.
Wir beraten, begleiten und betreuen Sie:**

- auf dem Weg in die Selbständigkeit, z. B. Gründung aus Arbeitslosigkeit/ABM (Antrag Überbrückungsgeld), **Gemeinschaftsgründungen;**
- bei der **Fördermittelbeantragung**, incl. fachlicher Stellungnahme;
- bei der **Überprüfung** Ihres Konzepts und der betriebswirtschaftl. **Rahmenbedingungen;**
- bei der **KSK-Antragstellung** und sozialen Absicherung;
- bei der Antragstellung für das **Presseversorgungswerk**



BERND HUBATSCHEK

MEDIEN
KUNST
KULTUR
CONSULT

Gotlandstraße 7 - 10439 Berlin

Tel.: 030 / 44 65 08 10

Fax: 030 / 44 65 08 11

e-mail: MKKConsult@aol.com

Internet: www.MKK-Consult.de





War das klasse!

Rhetorik-Wochenendseminar euphorisierte

Freitags ist mein „Aus-Zeit“ Tag. Mit Widerwillen und auf Abwimmeln eingestellt, ging ich ans klingelnde Telefon. Eine mir unbekannte Frau konfrontierte mich mit einer angeblich von mir getätigten Anmeldung zu einem Rhetorik-Seminar, welches, so ihre erfreute Stimme, nun endlich stattfinden solle, schon nächstes Wochenende. Ich konnte mich an nichts erinnern. Erst als sie den VS als Veranstalter nannte, erschien mir die Möglichkeit einer solchen Anmeldung nicht mehr abwegig, erregte doch auch jetzt ein Rhetorik-Seminar meine Neugier. Mein Terminkalender offenbarte das entsprechende Wochenende als einrichtbar und ich sagte zu. Einen Text zum Vorlesen sollte ich in mehrerer Ausführung mitbringen.

Samstag trafen wir uns vor der TU: Uta Beth, die Leiterin, Helke Schröder als für die Technik Verantwortliche, Cecile Guyomard, frisch gebackene Schauspielerin und die teilnehmenden Kolleginnen. Alle waren sehr neugierig und als erstes stellte sich heraus,

dass nicht die Kunst des Redens, sondern (natürlich) die Kunst des Vorlesens unser Befassungsgegenstand war. Also lasen wir aus unseren Texten vor, alle aufgeregter als bei einer öffentlichen Lesung, denn hier wurden wir direkt im Anschluß kritisiert: Dies war gut, jenes nicht. Und dann

Elisa Dolittle
läßt grüßen

hielt Cecile einen Vortrag über die Individualität der Stimme, um wieviel ein Bewußtmachen dieser Spezifik, verbunden mit angemessenen kleinen Übungen regelmäßig zu Hause und direkt vor einer Lesung angewandt, die Wirkung verbessern konnte. Noch nie Gehörtes oder Überlegtes, spannend und lebhaft dargebracht, ließen die fast zwei Stunden geballte Information wie im Flug vergehen. Erst auf dem Nach-Hause-Weg merkte ich, wie erschöpft ich war, trotz bester Verpflegung mit leckeren Nuss-

törtchen, Obst und Kaffee zwi-schendurch.

Sonntag gab's belegte Brötchen und Würstchen – Helke hatte sich liebevoll für die Verpflegung ins Zeug gelegt – und konkrete Übungen. Wir hüpfen und brabbelten (Lockern und Anregen), seufzten und gähnten (Aktivierung des Brustkorbs, des Bauchs und der Nebenhöhlen) und trainierten unsere Sprechwerkzeuge mit lustigen Sätzen. Gelacht wurde viel, was auch der Entspannung der Sprachmuskeln dienlich ist.

Als wir nach all dem Gehörten unseren gelesenen Text aus dem Kassettenrekorder hörten, fielen uns natürlich jede Menge mehr „Fehler“ als die Versprecher auf. Die Arbeit am Text nahm Uta vor. Hier eine Pause einbauen, dort einmal aufgucken... Ach, wie viele Dinge man beachten und verbessern kann! Mit Korken im Mund lasen wir schwierige Sätze, um ohne Korken danach beim Wiederholen die Erleichterung und tatsächlich eingetretene Verbesserung zu bemerken. Als wir

BURGSCHREIBER GESUCHT

Das Amt des „Burgschreibers zu Beeskow“, das für ein halbes Jahr verliehen wird und mit einem Förderstipendium sowie freier Logis verbunden ist, wird am 11. Juni 2003 neu besetzt. Bewerber sollten Textbeispiele (Manuskripte und Publikationen) sowie Erläuterungen und eine Bio-Bibliografie bis 31. März beim Kultur- und Sportamt des Landkreises Oder-Spree, Breitscheidstr. 7, 15841 Beeskow, (Tel. 033 66/35 14 71) einreichen.

den eingangs unbefangenen vorgelesenen Text noch einmal lasen, war der Fortschritt so bemerkenswert, daß auch die „Profis“ staunten. Sie hatten wirklich gute Arbeit geleistet – und wir hatten viel Nutzbringendes gelernt.

Auch Sonntag kam ich völlig geschafft nach Hause, aber in euphorisierter Stimmung. Dieses Wochenendseminar hatte sich voll gelohnt! Vielen herzlichen Dank denen, die es möglich gemacht haben: Dem VS und den Trainerinnen.

Iris Rudolph

REZENSION

VOLK UND WELT UND KOSSUTH

Der Ostberliner Verlag „Volk und Welt“ hat, wie andere auch, den Untergang der DDR nur wenige Jahre überlebt. Nun hat Leonhard Kossuth, von 1958 bis 1989 bei Volk und Welt tätig, am

Ein Stück
pralles Leben

Beispiel des von ihm geleiteten großen Lektorats „Sowjetliteratur“ das mitgestaltete Stück Verlagsgeschichte erzählt und dokumentiert. Wir erleben in der Rückschau die handelnden Personen des großen Hauses, den erzählenden Cheflektor und wage-mutige Lektoren, die Autoren entdeckten und wiederentdeckten, sich für so manchen Titel gegen Widerstände der Machtausübenden (im eigenen wie im ande-

ren Land) ins Zeug legten, um der Sache willen listenreich handelnden – und bei alledem engagierte Übersetzer, Redakteure, ja auch Sekretärinnen (bei Kossuth gibt es keine unwichtigen Personen) an ihrer Seite wussten. Er schildert uns den Verlagsbetrieb mit seinen Triumpfen und Niederlagen, spart nicht die privaten Dramen aus, die sich in dem großen Haus ergaben: ein Stück pralles Leben aus dem Alltag der DDR! Bemerkenswert, wie unbefangenen (nicht unkritisch) er mit den Realien dieses Alltags umgeht – kein beflissenes Wegretuschieren missliebiger Details, heutigen Trends zuliebe. Sondern Klartext.

Kossuth legt Vorgänge bloß (erzählt auch immer wieder kleine amüsante oder nachdenklich stimmende Episoden am Rande), spart nicht die Verwicklungen aus, die es bei „schwierigen“ Au-

toren wie Babel oder Ehrenburg, aber auch Simonow oder Granin gab, doch er kapriziert sich nicht auf das Hick-Hack im Hintergrund, er will vielmehr zeigen, wie auch lange Wege und Um-

Biografisches
objektiviert

wege am Ende doch zum Ergebnis, spricht: zum Buch, führten. Er nennt es „Leistungsgeschichte“. So erfahren wir, was im Realsozialismus möglich war, mit wem man dabei rechnen konnte, mit wem nicht (manche dabei eingegangene Liaison paßt nicht in heutige Schemata). Kossuth ist ein Mann des wohlthuend moderaten Urteils, fair gegenüber einstigen Widersachern, in der Polemik stets sachlich. Für den Verlag

war er ein Glücksfall. In einem zweisprachigen, den Künsten verbundenen Elternhaus in Kiew und Wien aufgewachsen, besaß er beste Voraussetzungen für die Aufgabe, ganze literarische Kontinente im Vielvölkerstaat UdSSR zu erschließen. Und so sind auch in seinem Buch Lebensgeschichte und Verlagsgeschichte eine glückliche Verbindung eingegangen. Dabei ist das Biographische objektiviert, in verschiedenen Zeitschichten beschaubar – indem er uns das Geschehen nicht in einem Block, sondern in vielen, auch selektives Lesen ermöglichenden Facetten darbietet und immer wieder eigene frühere Texte einfließt – einfühlsame, von viel Kunstsinn zeugende Bemühungen um den Zugang zu ganz verschiedenen Literaturen des einstigen Sowjetlandes.

Willi Beitz

Leonhard Kossuth: „Volk & Welt/Autobiographisches Zeugnis von einem legendären Verlag“, NORA Verlagsgemeinschaft, 379 Seiten, 23,50 Euro

Betroffene im Hungerstreik

Ist die Musikschule Marzahn-Hellersdorf jetzt erneut gefährdet?



Trotz der Protestaktionen der Musikschule Marzahn-Hellersdorf und hunderter Kunst – und Kulturschaffender im März/April 2002 erließ auf Grund der gegenwärtigen Haushaltssituation wiederum Bezirksbürgermeister Dr. Uwe Klett am 20. Januar 2003 eine Verfügung, die Honorarverträge der freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu kündigen. Dabei hatte die BVV des Stadtbezirks erst die Vorlage vom 25. Juli 2002 Nr. 259/H zur „Sicherstellung der Musikschule 2002 – 2005“ beschlossen. Die Ausführung dieser Verfügung hätte schwerwiegende Folgen, die Musikschulkapazität verringerte sich um fast zwei Drittel. Mit Empörung protestierten Lehrerinnen, Eltern und Schüler gegen diese erneute Gefährdung ihrer Musikschule und kündigten an, sich mit einem „unglaublichen Medienaufgebot“ zu wehren und beim Bundesminister des Innern auf die Einhaltung der Verfassungsgrundsätze, Artikel 37 Grundgesetz, Absatz 1 und 2, zu drängen. Nach Art. 37 kann die Bundesregierung ein Land zur Erfüllung seiner Pflichten anhalten, die



Sieben der acht hungerstreikenden Pädagoginnen.

Bundesregierung hat dann Weisungsrecht.

Letzte Meldung der Lehrkräfte aus Marzahn: „Wir fordern alle

Traurig das Land, das solches nötig hat

Schüler, Eltern, Abgeordnete, Gewerkschaftler, Journalisten und Musikfreunde auf, beim Bürgermeister des Stadtbezirks Mar-

zahn-Hellersdorf, Herrn Dr. Uwe Klett, Dienstgebäude: Alice-Salomon-Platz 3, 12627 Berlin, schriftlich gegen diese Praktiken zu protestieren! Wir verwahren uns gegen diese Art des Umgangs mit Kindern, Jugendlichen, Eltern bzw. Instrumental- und Gesangspädagogen! Diese Methoden sind nicht länger mit gesundem Menschenverstand vereinbar und entsprechen nicht dem Auftrag, der den Kommunal-Politikern von

GEWERBESTEUER

ÜBERLASTUNG SELBSTSTÄNDIGER VERHINDERN

Für Unruhe sorgten in den vergangenen Wochen Pläne zur Einführung der Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler. Der ver.di-Bundesvorstand steht diesem Vorhaben grundsätzlich positiv gegenüber, verbesserte sich doch dadurch die Finanzierungsmöglichkeit kommunaler Aufgaben, wendet sich aber entschieden gegen die Überlastung „kleiner“ Selbständiger und fordert einen Freibetrag, dessen Höhe deutlich über dem durchschnittlichen Einkommen z. B. einer Musikschullehrkraft liegt. Sollte es dennoch Anlaß zur Sorge geben, werden wir umgehend Widerspruch leisten, und damit hoffentlich so erfolgreich sein wie 1999, als die Umsatzsteuerbefreiung für Musikschullehrer aufgehoben werden sollte.

den Bürgern übertragen wurde. Sollten die angedrohten Kündigungen eintreten, werden sich die Betroffenen mit einem unglaublichen Medienaufgebot zu wehren wissen und in den Hungerstreik treten!“ Siehe auch: www.musikschule-marzahn.de/vu/

Die Kolleginnen sind am 28. Januar für vier Tage in den Hungerstreik getreten. Die Kündigungen sollen zurückgenommen werden.

G.P.

NACHRUF

Am 10. Dezember 2002 verstarb im Alter von 69 Jahren Hanno Kremer, langjähriger Vorsitzender der IG Medien und Abteilungsleiter Außenpolitik im DeutschlandRadio Berlin, vormals RIAS. Sein Tod hat bei den ver.di-Mitgliedern des Senderverbandes Trauer und Bestürzung ausgelöst – doch nicht nur dort. Den folgenden Nachruf verfasste sein langjähriger Verhandlungspartner, der ehemalige Verwaltungsdirektor im DeutschlandRadio Christian Wagner:

Es sind nicht nur Freunde, Kollegen und engere Weggefährten – der Tod Hanno Kremers hat weit darüber hinaus Viele betroffen gemacht. Manch einer, dem dies gewahr wird, mag sich fra-

Hanno Kremer ist tot

gen, warum das so ist, obwohl doch Hanno Kremer gerade ein Mann des Understatements, der leisen Töne war, eher darauf bedacht, sich zurückzunehmen und den Dienst an der Sache voranzustellen. Wie kann gerade in unserer Zeit, in der das Attraktive, das Reizvolle, ja Laute kennzeichnend sind, der Bescheidene und Stille solch einen Nachhall unter seinen Mitmenschen zurücklassen? Ich glaube, in der Frage liegt schon die Antwort: Hanno Kremer war eine Persönlichkeit voller Kraft und Zielstrebigkeit, die sich weniger nach außen im Glanz der Worte und Gesten entfaltete, son-

dern in Zähigkeit und Konsequenz niederschlug und so eine viel stärkere Wirkung in seinem sozialen Interaktionsfeld nach sich zog. Hanno Kremer verstrahlte sich nicht, er brachte sich ein. Nicht irgendwo, sondern dort, wo ihm seine klare Einsichtsfähigkeit, seine zurückhaltende Intellektualität das persönliche Opfer abverlangte. So ist er zu einer Wirkung gekommen, die von dauerhafter Nachwirkung ist und viele in Dankbarkeit an ihn denken läßt. Als sein Verhandlungspartner auf Arbeitgeberseite kann ich bezeugen, dass sein gewerkschaftliches Engagement in schwierigen, ja

fast aussichtslosen Situationen von solcher Nachhaltigkeit war, dass er immer wieder das Letztmögliche für seine Kollegen herausholte. Und dabei ging bei aller Fragilität des Verhandlungsgegenstandes nichts kaputt und das Menschliche nicht entzwei. Ich zolle ihm meine tiefste Hochachtung. Dies gilt auch für seine Arbeit im Sender, die nicht immer leicht war, weil der Rationalist und Humanist in ihm keine Kompromisse zuließen. Was er als Journalist zu sagen hatte, war kompetent, nüchtern und kritisch und konnte auf das sogenannte Ausgewogene verzichten. Ein echter Berliner Journalist eben, den wir lange, lange vermissen werden. **Christian Wagner**

■ Tagesseminar *Selbstvermarktung freier journalistischer Arbeit*, Termin: 8. April 2003

Das Seminar soll größere Sicherheit bei der Erschließung des Medienmarktes und der Vermarktung journalistischer Leistungen vermitteln sowie in der Praxis anwendbare Beispiele für die Selbstvermarktung zur Diskussion stellen. Es wendet sich vor allem an Journalisten, die den Einstieg in den Markt als Freie frisch vollzogen haben oder noch vollziehen wollen, aber auch an Kollegen, die sich ein neues, bisher nicht genutztes Medium erschließen wollen. Tipps und Empfehlungen gibt es vor allem zu: Kontaktaufbau, Marktbeobachtungen und -erschließung, Honorare, Marktpreise, Informationsbeschaffung, Mehrfachverwertung, Technik und



Foto: Bachmeier

Seminare 2003

Seminare für Freiberufler und Existenzgründer

neue Medien, Marktvorteile durch Gemeinschaftsgründungen.

■ Tagesseminar *Existenzgründung für Journalisten, Medienberufler und Künstler*, Termin: 11. März 2003

Im Seminar werden Kenntnisse zu den Rahmenbedingungen der freiberuflichen Existenz in Medien- und künstlerischen Berufen vermittelt. Die Teilnehmer sollen mit dem Seminar in die Lage versetzt werden, Chancen sowie Risiken einer Selbstständigkeit beurteilen zu können, Besonderheiten für ihre Berufsgruppen kennen und nutzen zu lernen. Für bereits erfolgte Gründungen kann das Seminar zur Überprüfung der getroffenen Entscheidung dienen. Schwerpunkte: Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit, Förderungsmöglichkeiten (Überbrückungsgeld u.a. Existenzgründungshilfen), Anmeldeformalia, soziale Absicherung für Freie in der Künstlersozialkasse, betriebswirtschaftliche und steuerliche Aspekte, Gemeinschaftsgründungen.

■ Tagesseminar *Existenzgründung für Einzel- und Microunternehmer*, Termin: 13. Mai 2003

Im Seminar werden Kenntnisse zu den Rahmenbedingungen der Existenzgründung als freiberuflicher oder gewerblicher Einzelunternehmer oder in Kleinunternehmen vermittelt. Die Teilnehmer sollen in die Lage versetzt werden, Chancen und Risiken der Selbstständigkeit beurteilen zu können.

Schwerpunkte: Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit, Gründungsplanung und Risiko Minimierung, Förderungsmöglichkeiten, Abgrenzung freiberufliche und gewerbliche Tätigkeit, Anmeldeformalia, soziale Absicherung, betriebswirtschaftliche und steuerliche Aspekte, Gemeinschaftsgründungen.

Für alle Seminare gilt:

Zeit: 9.30 – 16.30 Uhr
Ort: Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin, 5. Etage, Raum 5.21
Gebühren: Mitglieder zahlen 13 Euro, Nichtmitglieder 50 Euro
Anmeldung: Fax: 030/86 31-19 02, e-mail: Andreas.Koehn@verdi.de
Post: ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin.

■ MOBBING-BERATUNG FÜR BETRIEBS- UND PERSONALRÄTE

Auf Initiative des ver.di-Bezirksfrauenrates Potsdam wurde für den 24. März ein Seminar zum Thema Mobbing vorbereitet (ver.di Bezirksverwaltung Potsdam Tel 0331/275 47-1). Es wurde auch eine Sprechstunde für Betroffene eingerichtet. Die Sprechstunde findet jeden 1. Dienstag im Monat in der ver.di-Bezirksverwaltung Potsdam-Nordwestbrandenburg, Heinrich-Mann-Allee 18/19, 14473 Potsdam statt. Anmeldungen bitte unter Tel. 03 31/2 75 74-13. Zur weiteren Betreuung bietet auch Kollegin Heiderose Hochfeldt, ver.di-Mitglied, als Expertin ihre Hilfe an, Tel. 03 31/704 62 24.

Klein – aber nicht allein!

Beschäftigte in Kleinbetrieben der Druck-, Papier und Verlagsbranche: ver.di erweckt den Arbeitskreis Kleinbetriebe zu neuem Leben

Kolleginnen und Kollegen, die Probleme am Arbeitsplatz haben, über die sie immer schon mal mit anderen reden wollten, Interessierte, Gewerkschaftsmitglieder, man und frau, die finden, sie werden nie gefragt, Betriebsräte oder die, die meinen, gerade so

etwas fehlt im Betrieb, sie alle sind zu einem ersten Treffen herzlich eingeladen:

Es findet statt am Montag, den **17. März 2003, 17 Uhr** in der Medien Galerie im Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10, 10965 Berlin-Kreuzberg (U-Bahn Platz der Luftbrücke, Bus 104,119).

Wir wollen die Möglichkeit bieten, sich gegenseitig auszutauschen, Themen zu behandeln, die auf den Nägeln brennen, einan-

der kennenzulernen, Rat zu holen und aktuelle Fragen zu besprechen. Künftig soll sich das regelmäßig am 3. Montag im Monat wiederholen. Wir freuen uns, Euch zu treffen!

FG Druckindustrie und Zeitungsverlage, FG Papier, Papp- und Kunststoffe verarbeitende Industrie, FG Verlage und Agenturen

Kontakt: Antoaneta Werbelow, Tel. 030/ 543 97 232

„DIE KUNST DES AUSRUHENS IST EIN TEIL DER KUNST DES ARBEITENS – UND BEIDES MUSS ERLERNT WERDEN.“
(JAPANISCHES SPRICHWORT)

Die Cottbuser Gewerkschaftssekretärin Waltraud Gerisch verabschiedete sich nach langjähriger Tätigkeit für IG Medien und ver.di zum Jahresende 2002 aus dem aktiven Arbeitsleben, bleibt den Mitgliedern der Region aber als Ansprechpartnerin erhalten:
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich befinde mich nun im Ruhestand, wenn auch mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Auf diesem Wege möchte ich mich von allen Freunden, Mitstreitern und Kontrahenten, mit denen gearbeitet, gekämpft, gestritten, geschimpft und gelacht wurde, bedanken für die jahrelange kollegiale Zusammenarbeit. Ich verabschiede mich auch von den treuen Mitgliedern und den vielen ehrenamtlichen Funktionären, mit denen ich gemeinsam an gewerkschaftspolitischen, arbeits- und sozialrechtlichen Fronten gewirkt habe. Ich bin aber noch nicht ganz aus der Welt und stehe mit Rat und Tat, mit Rechtsberatungen und zu allen anderen Fragen, die unsere Mitglieder bewegen, an jeweils zwei Sprechtagen im Monat zur Verfügung.

Waltraud Gerisch

Die nächsten Beratungstermine in Cottbus sind: 6. März, 20. März, 3. April und 24. April.

BERICHTIGUNG

In der Mitteilung über die Wahl der neuen Bezirksvorstände des ver.di-Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie im „Sprachrohr“ Nr. 6/02, Seite 8, wurden bedauerlicherweise die Vorstände von Cottbus und Frankfurt/Oder vertauscht. Richtig muss es heißen:

Cottbus

Vorsitzender: Dieter Kürten
Stellvertreterin: Monika Amrell
Frankfurt/Oder

Vorsitzender: Volkmar Zech
Stellvertreterin: Renate Kuhlisch

Die Redaktion bittet um Entschuldigung!

**FERNSEHTIPP:
OFFENER KANAL**
Erwerbslose und andere Aktivisten machen Fernsehen

Sonntags 20.30 – 21.00 Uhr
Heldinnen der Nichtarbeit berichten 1. Sonntag im Monat: Magazin, 2. Sonntag im Monat: Rund ums Fahrrad, 3.+ 4. Sonntag im Monat: Spezial
Montags 19.00 – 19.30 Uhr
Heldinnen der Nichtarbeit berichten life
Donnerstags 19.30 – 20.00 Uhr
A.I.D.A., kanalB, Gewerkschaftsfernsehen
Montags 16 Uhr
A.I.D.A. (Arbeiter-Interessen darstellen + aneignen)
Mittwochs 16 Uhr
Heldinnen der Nichtarbeit.

Ehrenamtliche Mitarbeit ist willkommen. Redaktion: ver.di_aida2002@yahoo.de.

Redaktion B.A.M.M. (Arbeitslosenfernsehen): Jeden Mittwoch 16 Uhr im Haus der Buchdrucker, Dudenstr. 10, Jugendraum.

Redaktion A.I.D.A.: Jeden Montag jeweils 16 Uhr. Im OKB (Offener Kanal Berlin -SK8) sind die Sendungen mit Informationen rund um den Berliner Arbeitsmarkt jeden Montag ab 17 Uhr und jeden Sonntag ab 22 Uhr zu sehen.

LANDESBEZIRK

Medien Galerie: Aktuelle Ausstellungen siehe Seite 7, Medien Galerie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin (U-Bhf. Platz der Luftbrücke, Bus 104, 119).

JUGEND

Medienjugend: Treff jeden ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr im Container des Gewerkschaftshauses, Köpenicker Str. 55.

JOURNALISMUS

Bundesdeutsche Presseausweise: Neuausstellung oder Verlängerung montags bis donnerstags von 8.30 bis 16.30 Uhr. (Tel: 030/86 31-24 20).

Presseausweis der IOJ: Jeden zweiten Dienstag im Monat von 13 bis 15 Uhr in der Köpenicker Str. 55, Zi.524 (Tel: 030/86 31-24 21).

Journalistenstammtisch: jeden vierten Montag im Monat ab

19.30 Uhr im Cafe „Stresemann“ (Empore), Stresemannstr. 90, gegenüber Anhalter Bahnhof.

RFAV MEDIEN

Berliner Kinostammtisch: Jeden 1. Montag im Monat ab 20 Uhr im Bistro Café am Arsenal, Fuggerstr. 35, 10777 Berlin (Tel. 030/ 214 14 77).

Stammtisch für Kleindarsteller: Jeden 1. Dienstag im Monat ab 18 Uhr am gleichen Ort.

LITERATUR
Lesemarathon:

Montag, 7. April: „Fremde in Berlin“

Dienstag, 8. April: „Tod in Berlin“
Donnerstag, 10. April: „Lesetag für Kinder“

Donnerstag, 10. April: „Satire“
Freitag, 11. April: eventuell Poetenball.

Nähere Informationen in der VS-Geschäftsstelle, Tel: 86 31 24 03.

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, im „Terzo Mondo“, Grolmanstr. 28. Das Terzo Mondo liegt zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt und ebenso nur wenige Minuten vom S-Bahnhof Savignyplatz (zu erreichen mit der S 5, 7, 75, 9, 3).

Café Littéraire: Satire und Musik am 28. Februar, 20 Uhr, Alain Jodot begrüßt Marco Tschirpke und Pierre Pouget und lädt zu einer inneren Reise voller Geist und Esprit, TU, Ernst-Reuter-Platz 7, 2. Etage.

KULTUR & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe 10 finden alle drei Wochen statt. Rückmeldungen über die Teilnahme bitte rechtzeitig an Georgia Weiland (Tel. 86 31 24 12), damit stimmberechtigte Nachrücker eingeladen werden können. Nächste Termine: 10./31. März (große Vorstandssitzung) und 28. April.

MUSIK

Wir arbeiten nicht im Verborgenen! Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landes- und Bezirksfachgruppenvorstandes Berlin-Brandenburg eingeladen! Die Vorstände tagen von 9.00 bis 12.30 Uhr, Köpenicker Str. 55, Raum 5.21, am 21. März (Land-

esvorstand) und 29. März (Mitgliederversammlung).

SEMINARE

Non Profit Radio: Bildungswerk, Hörfunkschule Berlin, Haus der Buchdrucker, Dudenstr. 10, 10965 Berlin. Informationen zu aktuellen Kursen: 030/68 30 20 90 oder unter: www.radiokurse.de.

Gesellschaft für innovative Bildung mbH (BSD) Berlin: Computerkurse sowohl an Abenden oder auch am Wochenende, Infos: 030/44 37 60, Fax: 030/9 25 38 31, E-Mail: info@bsd-berlin.de

AG AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 in der Köpenicker Str. 55. Ulla Pingel (Tel. 621 24 50) und Olaf Zygalsky (Tel. 782 13 34) sind ehrenamtliche Sprecher.

SENIOREN

Seniorengruppe Funkhaus: 26. Februar, Gerhart-Eisler-Kreis: 14 Uhr, V. Etage, Raum 505. Thema: Ist der Kulturverfall in der Presse zu stoppen? Gesprächspartner: Eckart Spoo, Herausgeber der Zeitschrift „Ossietyky“. 26. März Besuch des Deutschen Rundfunkarchivs in Potsdam: Treffpunkt 10.30 Uhr vor dem Eingang zum Gelände des ORB, 14482 Potsdam-Babelsberg, Marlene-Dietrich-Allee 20

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof 46, 12103 Berlin.

DRUCK UND VERLAGE
Die Mitgliederversammlung der Fachgruppe 4

(Druckindustrie und Zeitungsverlage) findet am

23. März um 10.30 Uhr im Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10, Großer Saal, statt.

Thema: „Tarifrunde 2003“. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen!

**VER.DI
IM INTERNET**

<http://www.bb-verdi.de>

**Gewerkschaftshaus
Medienfachbereich**
Köpenicker Str. 55
10179 Berlin
Tel. 030/86 31-0

*Unter der neuen Internetverbindung www.bb-verdi.de können ab sofort ausgewählte, in Kürze alle „Sprachrohr“-Ausgaben seit Beginn des Erscheinens im Januar 1992 angesehen werden.
Wer in der Menüleiste „Berufe & Branchen“ anklickt, erhält unter FB 8 Medien, Kunst und Industrie den direkten Zugang zur Zeitung.*

Pressebüro Scienzz hat einen Platz frei für Kollegin oder Kollegen bei Kostenbeteiligung. Telefon 030/509 69 99 11 oder oberzig@scienzz.com

Sprachrohr 2/03

erscheint am 17.4.03
Redaktionsschluss am 24.3.03

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg

Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin. Tel: 030/86 31-0.

Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66.

Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030/61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Waisenstraße 1, 10179 Berlin, Tel: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54
Druck: Tribüne Druck-GmbH, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin.

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5,- Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin.

Riester-Rente für Freie: Top oder Flop?

Von einem „Fehlstart“ der „Riester-Rente“ rauschte es zu Jahresanfang im Blätterwald. Die für 2002 angenommene Quote, dass 85 Prozent der Berechtigten „Riester-Verträge“ abschließen würden, wurde längst nicht erreicht. Tatsächlich könne sich Bundesfinanzminister Eichel über 2,7 Mrd. Euro nicht genutzter Fördergelder freuen. Die eher schwache Resonanz hat viele Gründe.

Viel Geld vom Staat?

Ein Jahr, nachdem die staatliche Förderung möglich ist, fragen sich viele Freie noch immer, ob sie zum förderfähigen Personenkreis gehören und sich diese zusätzliche Altersvorsorge für sie überhaupt lohnt. Und falls ja, welche Anbieter empfehlenswert sind. Die meisten selbständigen Künstler und Publizisten gehören zum sogenannten berechtigten Personenkreis, da sie über die Künstlersozialkasse sozialversichert sind. Auch die auf Lohnsteuerkarte bei Rundfunkanstalten oder anderen Auftraggebern beschäftigten freien Mitarbeiter führen Pflichtbeiträge an die gesetzliche Rentenversicherung ab und können somit individuelle „Riester“-Verträge abschließen. Für nicht sozialversicherungspflichtige Selbstständige gibt es das nur, wenn sie einen sozialversicherungspflichtigen Ehepartner haben und sich an dessen Förderung mit einem eigenen Vertrag anknüpfen. Aber auch bei Unterbrechung der selbständigen Tätigkeit, z.B. beim Bezug von Mutterschaftsgeld oder während rentenversicherungspflichtiger Kindererziehungszeiten, kann man die Förderung in Anspruch nehmen. Gleiches gilt für Bezugszeiten von Arbeitslosengeld oder

Arbeitslosenhilfe. Keine Förderung erhalten Sozialhilfeempfänger.

Durch die jüngste Rentenreform wird das Rentenniveau bis zum Jahr 2030 von derzeit 70 auf 67 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens gesenkt. Die Riester-Rente soll lediglich diese Minderung auszugleichen. Sie löst grundsätzlich nicht das Rentenproblem, das für viele selbständige Künstler und Medienberufler durch niedrige oder unterbrochene Zahlungen an die gesetzliche Rentenversicherung real besteht. Sie kann zur Minderung bestehender Vorsorgelücken beitragen. Eine zusätzliche rein private Altersvorsorge kann und soll sie nicht ersetzen. Einen Antrag auf einen staatlich geförderten Vertrag kann man jederzeit stellen. Wer ihn jedoch jetzt erst in Betracht zieht, kann die Förderung frühestens für das laufende Kalenderjahr erhalten. Falls ein Abschluss 2002 verpasst wurde, hält sich der Verlust jedoch in Grenzen, da die Förderung bis zum Jahr 2008 in Etappen erst allmählich ansteigt.

Die so genannte Grundzulage für jeweilige Bezugsberechtigte steigt von 38 Euro im Jahr 2002/2003 bis zum Jahr 2008 auf 154 Euro. Hinzu kommt eine Kinderzulage für den kindergeldberechtigten Nachwuchs, der von derzeit 46 Euro pro Kind auf 185 Euro im Jahr 2008 steigen wird. Endet der Bezug von Kindergeld, endet auch die Kinderzulage. Je nach Anzahl und Alter der Kinder kann sich der staatliche Zuschuss über die Jahre zu einem stattlichen Betrag summieren. Sollen die vollen Zuschüsse fließen, müssen allerdings jährliche Mindesteinzahlungen in den Vertrag fließen. Die abzuführenden Beiträge be-

tragen zusammen mit den Riester-Zulagen ab 2002 ein, ab 2004 zwei, ab 2006 drei und ab 2008 vier Prozent vom jeweiligen beitragspflichtigen Jahreseinkommen. Bei KSK-Versicherten ist die bei der KSK für das letzte Jahr abgegebene Einkommenschätzung hierfür die Bemessungsgrundlage. Für diejenigen, die geringe oder keine sozialversicherungspflichtigen Einkünfte (z.B. bei Bezug von Erziehungs- oder Arbeitslosengeld) haben, gibt es einen jährlichen Mindest-Eigenbeitrag. Dieser sogenannte Sockelbeitrag liegt ohne Kind bei 45 Euro, mit einem Kind bei 38 Euro, ab zwei Kindern bei 30 Euro (ab 2005 steigen die Sockelbeträge fast durchweg auf das Doppelte).

Steuerersparnis für Besserverdiener

Eigene Zahlungen können bei finanziellen Engpässen auch zeitweilig ausgesetzt, reduziert oder ganz eingestellt werden. Allerdings erhält man dann nur verminderte oder keine Zulagen.

Wie attraktiv ist die „Riester-Rente“ jedoch für kinderlose und für besser verdienende Selbständige? Relativ hohe Verwaltungskosten bei den Riesterprodukten, die auf die Rendite privater Verträge drücken, und eine nachgelagerte Besteuerung, die auf die später ausgezahlte Rente fällig wird, lassen Begeisterung angesichts der schmalen Grundzulage meist nicht aufkommen. Im Allgemeinen gilt: Je höher der Verdienst ist, desto höher auch die Förderrendite, da die Besserverdienenden von einer zusätzlichen Steuerersparnis profitieren können. Die eigenen Einzahlungen und die Zulage können über

die neue Anlage AV im Rahmen der Einkommenssteuererklärung von den Einkünften abgezogen werden. Ist die daraus entstehende Ersparnis höher als die erhaltenen Zulagen, schreibt das Finanzamt die Differenz im Steuerbescheid gut. Hierfür gibt es aber Höchstgrenzen.

Günstige Angebote

Wer sich umfassender informieren möchte, dem sei das Finanztest-Spezialheft „Die Riesterrente“ empfohlen. Neben den dort untersuchten Anbietern und Produkten gibt es jedoch Sonderkonditionen für Gewerkschaftsmitglieder und einzelne Berufsgruppen, die in der Regel günstiger sind, als die am freien Markt zugänglichen Vertragsformen. Mit dem Altersvorsorgepaket „Das RentenPlus“ bieten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften allen Mitgliedern, die keine günstigen betrieblichen Altersvorsorgemöglichkeiten für die Riester-Rente haben eine attraktive private Vorsorge. Informationen erhält man beim ver.di-Landesbezirk oder einfacher im Internet unter „www.Das-RentenPlus.de“. Für zugangsberechtigte Medienberufler (Journalisten, Autoren, Bildberichterstatter, PR-Berater, Werbetexter, Grafiker u.a.) bietet das Versorgungswerk der Presse Riester-Produkte an. Weiterführende Beratung und Antragstellung zu Angeboten der Presseversorgung ist etwa durch Kontaktaufnahme mit Medien-Kunst-Kultur Consult (siehe Seite 11) möglich.

Bernd Hubatschek

Der Autor bietet dazu individuelle Beratung an. Am 24. März ab 19.30 Uhr ist er beim Journalistenstammtisch im „Café Stresemann“ zu Gast.